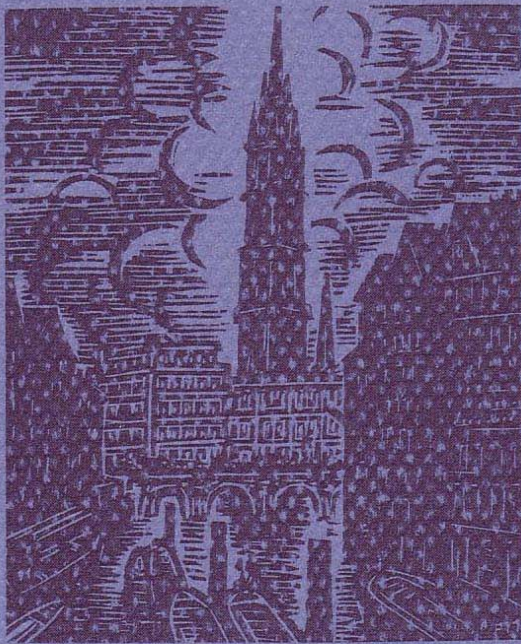


HAMBURGER HEFTE der ERWACHSENENBILDUNG



Peter Faulstich/Per Vespermann/Christine Zeuner

**BESTANDSAUFNAHME REGIONALER UND ÜBER-
REGIONALER KOOPERATIONSVERBÜNDE/NETZWERKE
IM BEREICH LEBENSBEGLEITENDEN LERNENS IN
DEUTSCHLAND**
UNIVERSITÄT HAMBURG

I/2001

Impressum: Lehrstuhl für Erwachsenenbildung
Universität Hamburg
2001

Titelbild: Masereel, Frans (1966): Das Gesicht Hamburgs. 80
Holzschnitte. Bertelsmann Lesering, Lizenzausgabe

Diese Studie wurde im Auftrag des BMBF erstellt.

Die Aufgabenstellung wurde vom BMBF vorgegeben.

Das BMBF hat das Ergebnis der Studie nicht beeinflusst; der Auftragnehmer trägt allein die inhaltliche Verantwortung.

1. KURZFASSUNG UND ÜBERBLICK.....	5
2. EINORDNUNG UND ZIELSETZUNG	10
2.1 Region als Fokus von Kompetenzentwicklung	12
2.2 Netzwerke als Regulationsstrategie	14
2.3 Kompetenznetzwerke und Kooperationsverbände.....	17
3. BESTANDSAUFNAHME VON KOMPETENZNETZWERKEN UND KOOPERATIONSVERBÜNDEN	22
3.1. Fragestellungen, Arbeitsansatz und methodisches Konzept.....	24
3.2 Durchführung.....	26
4. ERGEBNISSE DER BESTANDSAUFNAHME	32
4.1 Aktivitäts- und Funktionsspektrum	32
4.2 Organisationsstrukturen.....	34
4.3 Entscheidungsformen.....	36
4.4 Formen der Zusammenarbeit	37
4.5 Kooperationsspektrum	39
4.6 Regionale Reichweite.....	43
4.7 Finanzierung.....	44
4.8 Laufzeit und Kontinuität.....	46

5. NETZWERK-TYPOLOGIE, OFFENE FRAGEN UND NOTWENDIGE UNTERSUCHUNGEN.....	49
6. LITERATUR ZU KOMPETENZNETZWERKEN/ KOOPERATIONSVERBÜNDEN	52

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Kooperationstypen	25
Abbildung 2:	Erhebungsbogen	28
Abbildung 3:	Leistungsspektrum	33
Abbildung 4:	Organisationsform	35
Abbildung 5:	Verbindlichkeit des Zusammenschlusses	35
Abbildung 6:	Entscheidungsform	37
Abbildung 7:	Zusammenarbeitsform	38
Abbildung 8:	Verteilung der Kooperationspartner	39
Abbildung 9:	Streuung der Kooperationsgrößen	40
Abbildung 10:	Anteilsbasierte Verteilung der Kooperationspartner	41
Abbildung 11:	Reichweite der Kooperation	43
Abbildung 12:	Finanzierung	44
Abbildung 13:	Laufzeiten der Kooperationen	46
Abbildung 14:	Streuung der Kooperationslaufzeiten	47
Abbildung 15:	Kontinuitätsstrategien	48
Abbildung 16:	Netzwerk-Typologie	49

1. Kurzfassung und Überblick

1. Der Auftrag des Projektes „Bestandsaufnahme der Kooperationsverbände/ Netzwerke lebensbegleitenden Lernens“ bestand in einer bundesweiten Erfassung der regionalen Kooperationsverbände in Deutschland. Ziele der Studie sind eine möglichst flächendeckende Bestandsaufnahme, der Aufbau einer Adressenkartei und eine Darstellung des Ziel- und Aufgabenspektrums der vorhandenen Kooperationsverbände. Hierdurch werden Basisinformationen für Förderaktivitäten des BMBF im Rahmen des Programms „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“, das einen Schwerpunkt des BMBF - Aktionsprogramms „Lebensbegleitendes Lernen für alle“ ausmacht, bereitgestellt.
2. Ausgehend von dieser Zielsetzung wurde eine zweistufige empirische Untersuchung durchgeführt. Zum einen wurden politische Akteure, Administrationen, Weiterbildungsträger und Verbände angeschrieben, um die diesen bekannte Netzwerke zu ermitteln. Zum andern haben wir – parallel zur ersten Stufe - Kooperationsverbände angeschrieben, über die wir Informationen bereits hatten oder neu erhielten. Deren interne Strukturen und Aktivitätsspektren wurden mit einem standardisierten Fragebogen erhoben. Außerdem wurden weitere Materialien und Informationen angefordert. Zusätzlich wurden einschlägige Literatur, Projektberichte und vorliegende Fallstudien ausgewertet.
3. Für diese Erhebung war zunächst der Gegenstandsbereich festzulegen. Unter Kooperationsverbänden verstehen wir regional bezogene, kontinuierliche Beziehungen zwischen institutionellen Aus- und Weiterbildungsanbietern und anderen kollektiven Akteuren im Feld lebensbegleitenden Lernens, welche dazu dienen, Lernmöglichkeiten gemeinsam und übergreifend zugänglicher zu machen, zu erweitern und zu verbessern. Es geht um die Kooperation der Anbieter der allgemeinen, beruflichen, kulturellen und politischen Bildung und den Einbezug der Nachfrager/Nutzer.

Nicht einbezogen wurden in der Erhebung organisationsinterne Kooperatio-

nen, die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Bildungsträgern und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildungsbeiräte, spezifische Aktivitäten für besondere Zielgruppen, Weiterbildungsberatungsstellen und direkte Aktivitäten der Wirtschaftsförderung.

Es gibt hier allerdings zahlreiche sich überschneidende Aktivitäten, die es notwendig machen, **Kooperationstypen** (vgl. 5) zu unterscheiden. Für die empirische Erhebung entsteht daraus ein schwieriges Abgrenzungsproblem. Letztlich mußte über die Einbeziehung der Rückläufe je einzeln entschieden werden.

4. Angesichts der knappen Laufzeit können die Ergebnisse nur einen ersten Überblick liefern. Aufgrund unterschiedlichster Initiativen und Traditionen hat sich eine „wilde Gemengelage“ ergeben. Eine Reihe von Verbänden stehen im Zusammenhang von Landesinitiativen z.B. in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz. Eine weitere Welle von Initiativen besonders berufsbezogener Lernnetzwerke geht auf EU-Förderung z.B. durch ESF, FORCE, LEONARDO, QUATRO oder ADAPT zurück. Erstaunlich ist die hohe Zahl von 72 einschlägigen Kooperationsverbänden.
5. Die **Aufgabenfelder** und das **Leistungsspektrum** der Netzwerke sind sehr vielfältig (vgl. 4.1). Man kann zwei Hauptgruppen, die eher mehr politisch oder mehr administrativ angelegt sind, unterscheiden:

Entscheidungs- und Abstimmungsaufgaben: Bedarfsklärung; Planung und Empfehlungen für Schwerpunktsetzungen; Abstimmung der Angebote und Erstellung regionaler Programme; Anregungen zur Kooperation und zur Sicherung der Kontinuität von Angeboten; Entwicklung der Weiterbildungsinfrastruktur; Mittelbeantragung und Vergabe öffentlicher Initiativprojekte; Verknüpfung mit der Wirtschaftsförderung.

Unterstützungsaufgaben: Information; Werbung; Beratung; Erhebung von Personal- und Qualifizierungsbedarf; Curriculum- und Materialerstellung;

Qualifizierung des Personals; Bereitstellung dezentraler Ressourcen; Koordination gemeinsamer Projekte; gemeinsames Marketing für die Weiterbildung; Qualitätssicherung und Evaluationsansätze.

Am verbreitetsten ist die gemeinsame Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, welche bei drei Vierteln der Kooperationsverbände zu finden ist. Dies ist das Minimalprogramm der Kooperation. Bei zwei Dritteln wird dabei das Internet genutzt. Bei 40% der Verbände werden Informationssysteme oder Datenbanken über Bildungsangebote betrieben. Bemerkenswert ist auch eine durchaus beachtliche Leistungsaktivität bei der Qualitätsentwicklung (Frage 4):

6. Die **Organisationsstrukturen** der Netzwerke streuen breit (vgl. 4.2). Eine Typologie der **formalen Organisation** reicht von der Einbindung in die kommunale Wirtschaftsförderung bis hin zur Koordination durch einzelne Träger. Die Organisationsformen umfassen das Spektrum zwischen losem Verbund (56,9%) und verbindlicher Mitgliedschaft in einem Verein mit Satzung (11,1%) (vgl. Abb. 4).
7. **Entscheidungen** in Form von bindenden Beschlüssen werden in weniger als einem Drittel der Fälle realisiert (vgl. 4.3). Entscheidungen werden meist in gemeinsamen Sitzungen festgelegt und es werden jeweils Absprachen getroffen (vgl. Abb. 6).
8. Verbreitetste **Zusammenarbeitsform** ist die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen. Zwei Drittel der Verbände geben gemeinsame Programme heraus. (vgl. Abb. 7). Der Austausch von Dozenten ist bei einem knappen Drittel der Verbände verbreitet (vgl. 4.4).
9. Entsprechend variieren Art und Anzahl der beteiligten Organisationen. Das **Kooperationsspektrum** in den Netzwerken umfaßt die Vielzahl und Vielfalt der im Bildungsbereich agierenden Institutionen. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder liegt bei etwa 30. Diese Zahl ist vor allem durch die Unternehmensbeteiligungen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung so hoch.

Im Weiterbildungsbereich sind Kooperationsaktivitäten besonders verbreitet. Kulturelle Vereine oder Initiativen von Lerninteressierten sind nur selten erfaßt (vgl. 4.5).

10. Die **regionale Reichweite** der Netzwerke umfaßt zumeist (48,6%) die Kreisebene. Durch die Beteiligung an berufsbezogenen Verbänden ist vielfach der Arbeitsamts- oder der Kammerbezirk maßgeblich (vgl. 4.6). Die Regionalbezüge der Kooperationsverbände sind damit funktionaler Art aufgrund der Erreichbarkeit von Institutionen, gleichzeitig aber auch administrativ geprägt.
11. Die **Finanzierung** der Kooperationsverbände hat verschiedenste Mischformen. Wichtigste Finanzquelle ist die Unterstützung durch die Bundesländer. Diese dienen oft auch der Einwerbung weiterer Drittmittel z.B. von der EU (vgl. 4.7).
12. Es ist äußerst aufschlußreich, daß eine beträchtliche Zahl von Kooperationsaktivitäten, über die wir Informationen haben, schon wieder abgebrochen oder eingestellt sind. Auch bei den erfaßten Netzwerken besteht hohe Unsicherheit (vgl. 4.8). Die Fortführung wird auf unterschiedliche Strategien gesetzt: Auf weitere Fördermittel von Land, Bund oder EU, auf Zuschüsse der Träger, auf Finanzierung durch beteiligte Unternehmen, auf Akquisition weiterer Projekte oder auf eigene Einnahmen. Oft ist die langfristige Perspektive der Weiterarbeit unklar. Ein wichtiges Kriterium für die Einschätzung der Kooperationsaktivitäten ist daher, inwieweit sie auf Dauer angelegt sind. Negative Erfahrungen schaden der Entwicklung einer regionalen Lernkultur, die auf Vertrauen und Verhaltenssicherheit zwischen den Akteuren angelegt ist. Verbände, die in der Vergangenheit ihre **Kontinuität** gewahrt haben, zeichnen sich dadurch aus, daß sie über Abstimmungsstrukturen hinaus auch Unterstützungsstrukturen entwickelt und diese ressourciell abgesichert haben.
13. Auf der Grundlage der uns vorliegenden Informationen kann man in einem ersten Anlauf eine **Netzwerk - Typologie** entwickeln, die es möglich macht,

die jeweiligen Kooperationsaktivitäten zu verorten. Das Kooperationspektrum wird auf der Dimension eng vs. breit gefaßt, die Leistungsbreite schwankt zwischen speziell und vielfältig; die Organisationsform liegt im Spektrum zwischen lose und verbindlich (vgl. 5.).

14. Es können einige vorsichtige Hinweise für die Erfolgswahrscheinlichkeit von „Lernenden Regionen“ gegeben werden: Regionale Initiative, Flexibilität der Strukturen, „Bottom up“ – Steuerung, geringe Hierarchie, direkte Kommunikation, neutrale Koordination, Offenheit des Leistungsspektrums und Übergreifen verschiedener Politikfelder.

Diese Kriterien beruhen bisher weitgehend auf gesammelten Meinungsäußerungen und theoretischen Konzepten. Sie sind durch die vorliegende Untersuchung nur ansatzweise belegt. Ihre Relevanz für die Funktionalität und Effektivität der Kooperationsverbände müßte im weiteren vor allem durch Fallanalysen aufgedeckt werden.

2. Einordnung und Zielsetzung

Im Rahmen des Aktionsprogramms „Lebensbegleitendes Lernen für alle“ des BMBF wird dem Aufbau von Netzwerken zwischen regionalen Bildungsanbietern und Interessierten einschließlich den Nachfragern und Nutzern zentraler Stellenwert zugemessen.

„Leitgedanken des Aktionsprogramms sind:

- Stärkung der Eigenverantwortung sowie Selbststeuerung der Lernenden sowie Abbau von Chancenungleichheiten.
- Kooperation zur Verbindung der Bildungsangebote und –nachfrage sowie zur Verzahnung der Bildungsbereiche untereinander.“ (BMBF –211- Stand 1. 02. 2000).

Durch Kooperationsverbände soll eine regionale Lerninfrastruktur gefördert und gesichert werden.

„Primäres Ziel der Kooperation ist es, Bildungsanbieter und Bildungsnachfrager (Individuen, Betriebe etc.) sowie andere Interessierte zu lernenden Regionen zusammenzuführen. Dadurch sollen

- qualitative und quantitative Veränderungen der Angebotsstrukturen bewirkt und
- die Motivation und Bildungsbeteiligung der Menschen gesteigert werden.“

Als Förderungskriterien werden Beteiligungsspektrum der Bildungseinrichtungen und anderer Kooperationspartner, Funktionsschwerpunkte und Aktivitätsdauerhaftigkeit genannt.

Damit wird ein Strategieansatz aktiviert, der besonders in der Weiterbildungspolitik früh artikuliert wurde. Die Diskussion über Kooperation hat in Deutschland eine lange Tradition. Schon im dem - wesentlich von Georg Picht initiierten - „Gesamtplan für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung“ von 1968 werden regionale Arbeitsausschüsse zur Kooperation aller Träger gefordert. Auch im Konzept des Deutschen Bildungsrates und im Bildungsgesamtplan der

BLK spielt das Kooperationspostulat eine wesentliche Rolle. Kooperation wurde zu einem Fokus der Weiterbildungsentwicklung (vgl. u.a.: Keim u.a. 1973, Tietgens 1984). In den siebziger Jahren wurde Kooperation zu einem Prinzip der damals verabschiedeten Landesgesetze zur Weiterbildung. Auch in den neunziger Jahren wurde unter den Stichworten Kooperation, Verbände und Supportstrukturen ein entsprechendes Konzept in verschiedenen Gutachten (Faulstich u.a. 1991, 1996, Strukturkommission 1995) für Hessen, Schleswig-Holstein und Bremen als ein zukunftsweisendes Politikmodell für diesen Bereich formuliert und breit diskutiert.

Wenn also nach mehr als dreißig Jahren der Stellenwert von Verbänden und Netzwerken für lebenslanges Lernen untersucht werden soll, muß reflektiert werden, was bisher die Implementation dieses Konzepts behindert hat bzw. welche neuen Konstellationen veränderte Umsetzungsmöglichkeiten befördern.

Das Konzept der Verbände kombiniert die beiden Stränge Regionalentwicklung einerseits und Bildungs-, insbesondere Weiterbildungspolitik andererseits. Wenn Region in den Fokus ökonomischer Strategien genommen wird, sollen vorrangig durch Innovationen Arbeitsplätze geschaffen und die Kompetenzen der Arbeitskräfte gefördert werden. Gleichzeitig werden aber auch die kulturelle Aktivitäten und die Gesamtheit der Lebensbedingungen mitgedacht.

An vielen Orten stößt man auf unterschiedliche Kooperationsformen zwischen Unternehmen, Bildungs- und Weiterbildungsträgern, Kulturzentren und politischen und administrativen Akteuren. Auch wenn solche Ansätze oft instabil und noch schwach entwickelt sind, liefern sie den Kern für ein **Verortungsszenario** durch Regionalentwicklung und Netzwerkstrategien in der Bildungspolitik. Daraus ergibt sich eine Reihe von Untersuchungsfragen.

2.1 Region als Fokus von Kompetenzentwicklung

Gesellschaftliche Entscheidungsstrukturen sind gegenwärtig durch eine doppelte Transformation, sowie gegenläufige Tendenzen im Aufgabenspektrum gekennzeichnet. In einen „Paternoster-Effekt“ werden aufwärts internationale Konstellationen, und abwärts regionale Akteure wichtiger. Auch der Bildungsbereich gerät in Ungleichzeitigkeiten mehrerer Ebenen: erstens wächst die Tendenz zur Globalisierung, welche die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der nationalen Staaten einschränkt; zweitens ist durch zunehmende Europäisierung ein Teil der Initiativen ausgewandert; drittens gab es in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Kulturhoheit der Länder eine Nationalisierung der Politik im Bildungsbereich sowieso nur in Ansätzen und in Teilbereichen. Wenn man die verstärkten Initiativen einzelner Bundesländer und der Kultusministerkonferenz registriert, könnte - viertens - sogar eine zunehmende Föderalisierung resultieren. Fünftens wird besonders im Zusammenhang der Wirtschaftsförderung eine **Regionalisierung** der Initiativen immer stärker betont.

Bildungspolitik ist eingespannt in diese ökonomischen und politischen Hauptströmungen. Die zentralen Problemkomplexe - fortdauernde Arbeitslosigkeit, sowie technologische und ökonomische Umbrüche finden räumlich verteilt unterschiedlich starke Ausprägungen. Die regionalökonomischen Entwicklungen der letzten Jahre haben resultierende Disparitäten eher verstärkt. Berufs-, Bildungs- und Lebenschancen sind ungleich verteilt. Ein starkes Gefälle mit deutlichen Grenzlinien zwischen industrialisierten Ballungskernen und ländlich strukturierten Regionen ist weiter vorhanden. Große Unterschiede bestehen auch zwischen „alten“ und „neuen“ Bundesländern (Zarth/Crome 1999).

Eine traditionelle Regionalpolitik, die industrielle Wachstumsüberschüsse in ländliche Problemregionen lenkte, hat räumliche Ungleichgewichte eher noch verstärkt. Regionale Probleme können zentral nicht mit hinreichender Effizienz gelöst werden. Zentralistische Programme haben sich als nicht geeignet erwiesen, um die regionalen Stärken und Perspektiven zu erkennen und zu aktivieren. So verbreitet sich ein Plädoyer für eine Rückbesinnung auf endogene Po-

tentiale, womit sich das Augenmerk besonders auf qualifikatorische und kulturelle Ressourcen richtet.

Regionale Entwicklungen durch Innovation und Qualifikation, d.h. durch Technik und Personal, sind für unseren Zusammenhang die wichtigsten Stichworte. Die Anpassung an regionale Bedürfnisse soll Stärkung der Eigenverantwortung der Regionen, größere Bedarfsnähe, stärkeren Adressatenbezug auch bei Bildungsmöglichkeiten gewährleisten.

Dabei geht es nicht nur um Arbeits- sondern um umfassendere Lebenszusammenhänge. Regionale **Kulturen** - als Gesamtheiten unterschiedlicher Lebensweisen - werden entwicklungsrelevant. Unter personalen Aspekten betrifft dies nicht nur arbeitsbezogene Qualifikationen, sondern umfassendere Potentiale, wie sie unter den Begriff Kompetenz gefaßt werden können (Faulstich 1998, 81). Wenn also Region für Entwicklungsstrategien fokussiert wird, heißt das in letzter Konsequenz, umfassende Kompetenzentwicklung in den Mittelpunkt zu stellen.

2.2 Netzwerke als Regulationsstrategie

Wichtig werden gerade in regionalen Kontexten intermediäre Konstellationen - Institutionen und Aktionsfelder, in denen weder der Markt, also individuelle Unternehmens- und Käuferentscheidungen, noch ein hierarchisch steuernder Staat erfolgreich sein können. Gegenstand empirischer Nachfragen wird die Problemlösungskapazität dezentraler Formen der Entscheidungsselektion und Handlungskoordination (vgl. 4.1 - 4.6) sein.

Komplexe Kommunikations- und Interaktionsstrukturen wie sie in regionalen Entwicklungsstrategien entstehen, müssen offene Perspektiven zulassen, welche der Komplexität der Entscheidungsfragen angemessen sind. In vielen politischen Teilbereichen ist mittlerweile die Initiative und die Trägerschaft kollektiven Handelns vom "Staat" auf Akteure der "Gesellschaft" übergegangen (vgl. z.B. Scharpf 1991). Wenn man nicht gestalterische Regression angesichts der Überkomplexität der Problemlagen in Kauf nehmen will, ist es naheliegend, im "vorstaatlichen" Raum Formen öffentlicher Entscheidungsfindung und Planung zu institutionalisieren, welche den Diskurs partikularer Interessen zulassen, um gemeinsame Prioritäten zu finden.

Als theoretische Lösungsalternative für neue gesellschaftliche Vermittlungs- und Entscheidungsformen pointiert die Diskussion um Netzwerke einen Regulationsmechanismus „dritter Art“. Weder monetäre noch hierarchische Verhältnisse stützen Netzwerke, sondern Kontextbedingungen wie Vertrauen, Anerkennung und gemeinsame Interessen. Über einzelne Kooperationsaktivitäten hinaus sind Netzwerke relativ kontinuierliche reziproke Kopplungen von relativ autonomen Akteuren. Sie setzen auf kommunikative Beziehungen, welche sich nicht in Geld- und nicht in Machtverhältnissen auflösen. Entsprechend geht es darum „weiche“ Formen der Zusammenarbeit zu ermitteln und darzustellen. Die Kooperationsverbände im Bildungsbereich können als empirische Beispiele betrachtet werden (vgl. 4.2 - 4.5).

Die besonders in der Erwachsenenbildung schon lange diskutierten Probleme der Kooperation und Koordination erhalten aus dieser Sicht in dieser Modell-

konstruktion neues Gewicht. Bezogen auf Indikatoren wie Institutionalisierungsgrad, Professionalisierungsgrad, Programmhoriizonte u.ä. erweist sich die interne Struktur der Weiterbildung als dem vollzogenen Bedeutungszuwachs inadäquat. Deshalb werden gerade hier Überlegungen über **intermediäre Organisationen** als **Netzwerke korporativer Akteure** besonders interessant. Es geht um polyzentrische regionale Netzwerke, die ein Zusammenwirken von staatlichen, kommunalen und privaten Institutionen, Vertretern der Sozialpartner, der Lehrenden und Lernenden sowie staatlichen und kommunalen Verwaltungs- und Förderungsinstanzen ermöglichen. Weiterbildung wird geradezu ein Beispielfeld für die Leistungsfähigkeit und Grenzen von Netzwerksteuerung.

Durch die Diskussion um Netzwerke als gesellschaftliche Beziehungsgefüge ist akzentuiert worden, daß gerade angesichts stark betonter Individualisierungstendenzen gemeinschaftliche Verantwortlichkeiten - über ökonomische Tausch- oder politische Machtstrukturen hinaus - bestehen. Daraus entwickeln sich Konfigurationen von Akteuren, die in interdependenten Beziehungen zueinander stehen, in denen keiner die alleinige Kontrolle über Tauschrelationen oder Entscheidungsprozesse hat und alle in verschiedener Weise aufeinander angewiesen sind. Kompetenzentwicklung ist ein solches Feld, wo private und soziale Interessen ineinanderwirken.

In Netzwerken entstehen auf der Grundlage von Erfahrung und Vertrauen interdependente Kommunikations- und Interaktionsstrukturen, welche nicht in Tauschrelationen und Herrschaftsstrukturen aufgehen. Zu untersuchen ist, inwieweit die Problemlösungskapazität für die Regional- und die Kompetenzentwicklung durch dezentrale Formen der Entscheidungsselektion und Handlungskoordination wächst. Die Aktivitäts- und Funktionsspektren sowie die Kooperationsreichweiten der Kooperationsverbände können als Illustration dieses theoretischen Problems gelten (vgl. 4.1 und 4.4).

Mittlerweile gibt es eine weitergehende Diskussion (Messner 1994, Faulstich 1997, Hellmer u.a. 1999), welche auf mögliche Probleme von **Netzwerksteuerung** hinweist. Die Problemlösungskapazität von Netzwerken sind beschränkt durch eine große Zahl von Akteuren, durch steigenden Zeitbedarf, durch feh-

lende institutionelle Kontinuität, durch Koordinationsprobleme und Verhandlungsaufwand sowie durch die Tatsache, daß Macht und Konflikt in Netzwerken keineswegs aufgehoben sind, sondern sich möglicherweise noch verschärfen. Alle diese Probleme sind in Kooperationsaktivitäten möglich oder sogar wahrscheinlich, teilweise auch schon belegt. Die Logik der Netzwerke ist die des Kompromisses. Um tatsächlich innovative Impulse zu provozieren, ist es notwendig, die konkreten Kontexte genau zu untersuchen und Transparenz der Informationen und der Prioritäten herzustellen. Der Blick ist darauf zu richten, welche Organisationsstrukturen der Kooperationsverbände sich entwickelt haben (vgl. 4.2).

Um die Effizienz von Entscheidungsnetzwerken zu erhöhen, bedarf es notwendigerweise Unterstützungsnetzwerke, welche die benannten Probleme minimieren. Es bedarf eines elaborierten **Netzwerkmanagements**, um jeweils konkret die Kombination von Akteuren und Funktionen zu optimieren. Zu untersuchen ist, welche Kombinationen von Dezision und Support sich herausgebildet haben, und welche Effekte für die Zugangs- und Beteiligungsmöglichkeiten an Bildung daraus entstehen. Wir finden bei den Kooperationsverbänden im Bildungsbereich unterschiedliche Mischungsverhältnisse politischer und administrativer Funktionen, die sich in Entscheidungs- bzw. Unterstützungsnetzwerken konkretisieren (vgl. 4.1).

2.3 Kompetenznetzwerke und Kooperationsverbände

In regional gestalteten Landschaften sind für Arbeits- und Lebensperspektiven die vorhandenen Lernchancen zentrales Moment. Es geht also darum, eine Infrastruktur (vgl. dazu Jochimsen 1966) miteinander vernetzter Bildungsangebote zu sichern und zu entwickeln.

In der Bundesrepublik Deutschland hat z.B. die Kommission „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen diese Idee propagiert. Es wurde vorgeschlagen, „**regionale Bildungslandschaften**“ (Bildungskommission 1995, 284) zu gestalten. Die verschiedenen Stufen und Bereiche von Bildung sollen zusammengefaßt und auf regionale Perspektiven bezogen werden. Ein Umsetzungsbeispiel ist das Projekt „Schule & Co.“ des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung NRW und der Bertelsmann Stiftung (Lohre 1999). Verknüpft werden sollen Qualitätsentwicklung und Selbststeuerung der Bildungseinrichtungen mit der Entwicklung regionaler Bildungslandschaften. Im Kreis Herford kooperieren dazu Schulen, Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Arbeitsverwaltung und Unternehmen (Engelking 2000).

Zweifellos spielt dabei die berufliche Bildung im Hinblick auf die regionale Wirtschaftsentwicklung ebenso wie bezogen auf Chancen menschlicher Identität eine bedeutende Rolle. Regionale Innovationspolitik ist ohne gezielte Qualifizierungsstrategien letztlich nicht möglich.

Allerdings erschöpft sich ein regional reflektiertes Konzept von Kompetenzentwicklung nicht in der Funktion für die Ökonomie. Vielmehr kommt es gerade darauf an, eine personenorientierte Perspektive einzunehmen und auch nach den Chancen kultureller Identität in der Region zu fragen. Dafür sind Zentren der Bildung als Stätten der Begegnung unverzichtbar.

Vor diesem Hintergrund haben wir in verschiedenen Gutachten - für Hessen, Bremen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen – den Aufbau von **Weiterbildaungsverbänden** vorgeschlagen (zuerst Faulstich u.a. 1991).

Diese dienen zunächst der regionalpolitischen **Entscheidungsfindung**, z.B. in Beiräten. Sie können sowohl die Erwachsenenbildungsträger, die bisher getrennt davon operierenden Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter sowie die regionalen Berufsbildungsausschüsse und weitere Repräsentanz unter Einbezug von Förderern, Arbeitgebern und Gewerkschaften umfassen. Zu den Entscheidungsaufgaben solcher regionaler Verbände gehören in der Regel:

- Bedarfsklärung;
- Planung und Empfehlungen für Schwerpunktsetzungen;
- Abstimmung der Angebote und Erstellung regionaler Programme;
- Anregungen zur Kooperation und zur Sicherung der Kontinuität von Angeboten;
- Entwicklung der Weiterbildungsinfrastruktur;
- Mittelbeantragung und Vergabe öffentlicher Initiativprojekte;
- Verknüpfung mit der Wirtschaftsförderung.

Solche Initiativen bleiben allerdings solange zerbrechlich, wie nicht die notwendigen „**Supportstrukturen**“ zur Verfügung stehen, welche träger- und einrichtungsübergreifende Aufgaben administrativ sicherstellen. Zu den **Unterstützungsleistungen** gehören:

- Information und Transparenz;
- Beratung und Werbung;
- Curriculum- und Materialerstellung;
- Qualifizierung des Personals;
- Bereitstellung dezentraler Ressourcen;
- Kontaktvermittlung zwischen Bildungsinstitutionen und Unternehmen;
- administrative Koordination gemeinsamer Projekte;
- gemeinsames Marketing für die Weiterbildung;
- Qualitätssicherung und Evaluationsansätze.

Die Anpassung der Kompetenzentwicklung an regionale Bedürfnisse soll Kostensenkung, Stärkung der Eigenverantwortung der Kommunen und Regionen, größere Bedarfsnähe und stärkere Gruppenorientierung der Weiterbildungsinstitutionen gewährleisten. Die Idee, die solche Ansätze institutionell faßt, ist unter dem Begriff **Kompetenzzentren** aufgenommen worden, welche die Funktionen von Verbänden - nämlich regionaler und kommunaler Prioritätensetzung und Aktivitätenkoordination - und von Supportstrukturen - nämlich effizienter Ressourcennutzung und unterstützender Lerninfrastrukturen – kombinieren sollen. Es geht also darum, regionale Lernkulturen durch miteinander vernetzte Bildungsangebote, -programme und -initiativen zu sichern und zu entwickeln.

Angesichts der Vielfalt unterschiedlicher Bezeichnungen schlagen wir als Begriffsbestimmung vor:

Kompetenznetzwerke sind Interaktionsstrukturen, welche der Entscheidungsfindung und Unterstützung von Leistungen der Akteure im Bildungsbereich dienen. Diese können formalisiert bzw. institutionalisiert werden und auf Kontinuität gestellt werden in **Kooperationsverbänden**.

Solche Kompetenznetzwerke und Kooperationsverbände bewegen sich in einem Spannungsfeld von öffentlicher Koordination und Förderung einerseits und Selbstbindung und Kooperation der Beteiligten andererseits. Es können verschiedene Grundmodelle dokumentiert werden (vgl. 4.2 – 4.4):

- **Eingriffsmodell:** Es gibt eine führende Instanz, welche die Kooperation steuert;
- **Austauschmodell:** Es besteht eine Abstimmung der Aktivitäten zwischen den Beteiligten;
- **Fördermodell:** Versucht wird die Entscheidungsfreiheit der Beteiligten aufrechtzuerhalten bei gleichzeitiger, gezielter Bereitstellung von Information und Ressourcen, um insgesamt positive Netzwerkeffekte zu stärken.

In einigen Landesgesetzen zur Weiterbildung (z.B. in Brandenburg, Hessen) sind Gremien hauptsächlich als Entscheidungsnetzwerke in Form von Beiräten vorgeschrieben. Dies hat zu sehr unterschiedlichen Effekten geführt. Zum Teil wird die Kooperationsverpflichtung eher als lästig angesehen und beschränkt sich auf Sitzungspräsenz. Wo aber durch die Akteure selbst Initiativen ergriffen werden, entstehen neue Ansätze in den Regionen (Interviews dazu im Zusammenhang vgl. Faulstich u.a. 1991).

Die Erfahrungen mit entsprechenden Kooperations- und Koordinationsstrategien, wie wir sie vielfältig im Zusammenhang unserer Gutachten (Faulstich u.a. 1991, 1996, Faulstich/Vespermann/Zeuner 2000) mit Akteuren diskutiert haben, trifft allerdings auch auf einige Skepsis: So gibt es zum einen eine **proklamatorische** Kooperation, wo das Reden über die Zusammenarbeit ihre tatsächliche Realität ersetzt. In einer **imperialistischen** Kooperation befinden sich einige der Beteiligten in einer Machtstellung, die gegen andere ausgespielt werden kann. Eine **expansive** Kooperationsstrategie muß demgegenüber die unterschiedlichen Prämissen der jeweiligen Institutionen und Akteure mitreflektieren. Erst dann werden die Kooperationschancen nutzbar für die Verbesserung der Zugänglichkeit und der Qualität der Bildungsangebote. Zu untersuchen sind also die zusätzlichen Leistungen und Effekte der Verbünde (vgl. 4.1).

Mit der Unterstützung von Kooperationsverbänden werden unterschiedlichste Erwartungen verbunden:

- Individuelle Entfaltungsmöglichkeiten;
- Ökonomische Impulse und Entwicklung;
- Stärkung demokratischer Beteiligung;
- Kulturelle Initiativen;
- Erhöhung von Chancengleichheit;
- Erhöhung der Effizienz des Ressourceneinsatzes.

Inwieweit diese hochgesteckten Ziele einlösbar sind, kann in der vorliegenden Bestandsaufnahme nicht geklärt werden, sondern bedarf wesentlich weitreichender Analysen.

In den Förderrichtlinien für das Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ werden zur Profilbildung eine Reihe von Arbeitsschwerpunkten benannt:

- „Förderung der Durchlässigkeit zwischen Bildungsbereichen,
- bessere Verzahnung von allgemeiner, politischer und beruflicher Bildung,
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Bildungs-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie anderer Politikbereiche zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit der Menschen,
- Erhöhung der Transparenz der Bildungsangebote im Sinne einer stärkeren Kundenorientierung, z.B. durch Bündelung der Informations-, Beratungs-, und Vermittlungsangebote und Bereitstellung neuer Serviceleistungen, auch für selbstgesteuertes Lernen,
- Erhöhung der Qualität und Verwertbarkeit der Bildungsangebote, z.B. durch Vereinbarung gemeinsamer Qualitätskriterien und Austausch über Verfahren der Qualitätsentwicklung,
- Entwicklung und Erprobung von Fortbildungsmodulen für das Personal, z.B. zu Lerntechniken, Methodik/Didaktik, Lernberatung und –begleitung, zum Netzwerkmanagement,
- Stärkung der Kreativität sowie Eigenverantwortung der Menschen beim formellen wie informellen Lernen, z.B. durch neue Lernarrangements,
- Entwicklung und Erprobung von Verfahren zur gemeinsamen Zertifizierung des Lernerfolgs bei formellen und informellen Lernaktivitäten und
- Förderung der Zugangs zu neuen IuK-Technologien, Erhöhung der Medienkompetenz“ (BMBF – 211- Stand 25.7.2000).

Mit der Vielzahl und Vielfalt solcher Arbeitsschwerpunkte geraten die Kompetenznetzwerke ins Zentrum weiterer Entwicklungsperspektiven im Bildungssystem.

3. Bestandsaufnahme von Kompetenznetzwerken und Kooperationsverbänden

Aufgrund der Vielfalt der Initiativen und Programme, der Vielzahl regionaler Akteure und Ressourcen sowie der Unterschiedlichkeit juristischer, sozialer und kultureller Konstellationen haben sich zahlreiche, sehr verschiedene Formen von Netzwerken herausgebildet. Über Kooperationspostulate hinaus gibt es mittlerweile ein nur schwer überschaubares Spektrum von Umsetzungsbeispielen, u.a.:

- In Baden-Württemberg sind schon frühzeitig, angestoßen durch das Landesgewerbeamt, Kooperationen zur beruflichen Qualifizierung in Gang gekommen.
- In Brandenburg sind, ausgehend von den Aktivitäten der Weiterbildungsberatung, darüber hinausgehende Kooperationen initiiert worden.
- In Hamburg besteht mit dem Verein „Weiterbildung Hamburg“ eine erfolgreiche Trägerkooperation (Faulstich/ Grünhagen 1997).
- In Hessen übernehmen die gesetzlich vorgeschriebenen Kreiskuratorien einige Kooperationsaktivitäten. Darüber hinaus gibt es regionale Ansätze z.B. im Verbund Nordhessen.
- In Niedersachsen gibt es eine Vielzahl einzelner Aktivitäten. Z.B. im Regionalverband Großraum Hannover Kooperationsansätze zwischen Berufsschulen, Weiterbildungsträgern und Unternehmen.
- In einigen der fünfzehn Strukturregionen in Nordrhein-Westfalen haben sich Arbeitskreise gebildet, um die Erfordernisse regional orientierter Bildung zu identifizieren (z.B. Dortmund, MEO, Siegen-Olpe-Wittgenstein). Einige Projekte haben dauerhafte Aktivitäten initiiert (z.B. PTQ, Innovations- und Qualifizierungsnetzwerk Gronau, Weiterbildungsverbund Lippe WiL).
- In Schleswig-Holstein wurden nahezu flächendeckend zehn Weiterbildungsverbände gegründet (Faulstich/Vespermann/Zeuner 2000).
- In den neuen Bundesländern sind durch die AG QUEM regionale Weiterbildungsinfrastrukturen organisiert worden (Hübner/Bentrop 1995). Im Rahmen des Vorhabens „Lernen im sozialen Umfeld“ ist eine Reihe regionaler Modellprojekte entstanden (AG QUEM 1999).

- Das Projekt REGIO des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung vernetzt und moderiert Kooperationsaktivitäten an vier Standorten der alten und neuen Bundesländer (Reutter 1996).
- Überbetriebliche Ausbildungszentren – oft in Regie der Kammern – haben teilweise Funktionen regionaler Lernzentren übernommen.
- Die Industrie- und Handelskammern sind als Initiatoren oder Kooperanden in vielfältigen regionalen Aktivitäten beteiligt (DIHT 1998).
- Kooperationsformen zwischen Hochschulen und regionalen Bildungs- und Weiterbildungsanbietern werden im Arbeitskreis universitäre Erwachsenenbildung (AUE) koordiniert (Graeßner in Nuissl 1995).
- Im Rahmen der EU und international gibt es eine kaum überschaubare Vielzahl von Regionalisierungskonzepten und –projekten (vgl. z.B. CEDEFOP 1999).

Diese hier zunächst nur cursorisch zusammengetragenen Beispiele unterscheiden sich deutlich hinsichtlich **Organisationsgrad, Mitgliederspektrum, Funktionsbereichen und Kontinuität der Arbeit**. Es ist eine Vielzahl und Vielfalt unterschiedlicher Modelle entstanden, die sich jeweils aus regionalen Konstellationen und Funktionen ergeben. Unsere Bestandsaufnahme kann als Überblick und Beispielsammlung anregen, regionale Lernkulturen eingeständig zu profilieren.

3.1. Fragestellungen, Arbeitsansatz und methodisches Konzept

Angesichts der Vielfalt mittlerweile in Gang gekommener Aktivitäten und Initiativen ist eine möglichst flächendeckende Bestandsaufnahme Voraussetzung für weitergehende Politikkonzepte. Es besteht bisher nirgendwo ein entsprechender Überblick. Ansätze haben wir für einige Bundesländer (Schleswig-Holstein, Hessen) dokumentiert. Es geht also auch darum eine erweiterbare **Datenbank** aufzubauen, welche die Verbundsaktivitäten möglichst vollständig erfaßt.

Für die Erhebung war zunächst der Gegenstandsbereich festzulegen. Unter „Netzwerken lebensbegleitenden Lernens“ bzw. Kooperationsverbänden verstehen wir regional bezogene, relativ kontinuierliche Beziehungen zwischen institutionellen Aus- und Weiterbildungsanbietern und anderen kollektiven Akteuren, die dazu dienen, Lernmöglichkeiten gemeinsam und übergreifend zugänglicher zu machen, zu erweitern und zu verbessern. Es geht um die Kooperation von Anbietern der allgemeinen, beruflichen, kulturellen und politischen Bildung und den Einbezug der Nachfrager/Nutzer.

Nicht einbezogen wurden organisationsinterne Kooperationen –wie z.B. der Leistungsverbund Bildung und Beruf des DVV, Zusammenarbeit zwischen einzelnen Bildungsträgern und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebenen Weiterbildungsbeiräte z.B. in Brandenburg und Hessen, spezifische Aktivitäten für besondere Zielgruppen oder Branchen – wie z.B. den Qualifizierungsfonds in der Land- und Forstwirtschaft (QLF), Weiterbildungsberatungsstellen und direkte Aktivitäten der Wirtschaftsförderung.

Es gibt hier allerdings zahlreiche sich überschneidende Aktivitäten, die es notwendig machen, **Kooperationstypen** (vgl. 4.8) zu unterscheiden. Für die empirische Erhebung entsteht daraus ein schwieriges Abgrenzungsproblem, das im Einzelfall abgeklärt werden mußte.

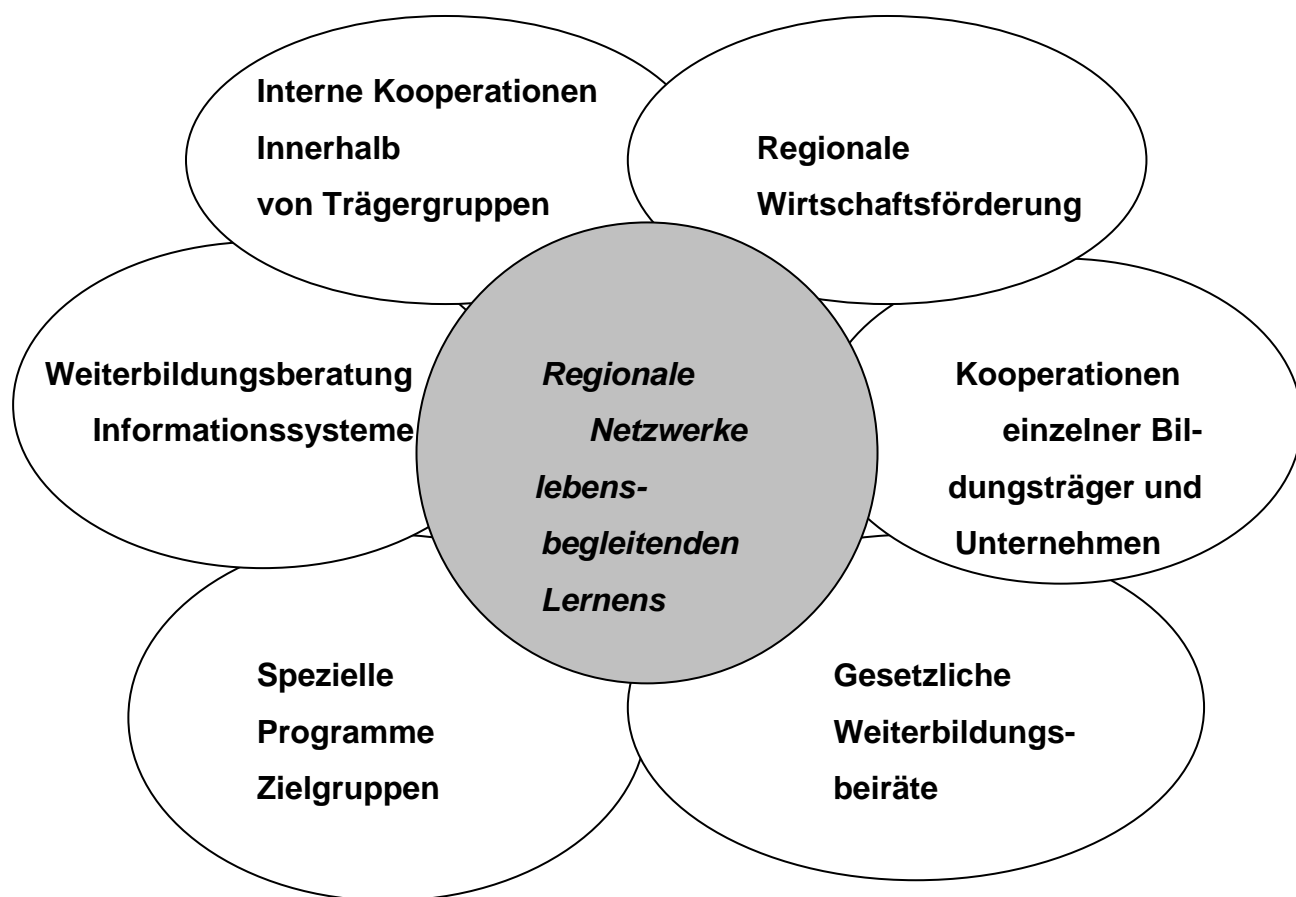


Abb. 1: Kooperationstypen

Hinsichtlich der zu erhebenden Merkmale konnten wir auf die Erhebungsinstrumente und Leistungskriterien zurückgreifen, die wir für Hamburg und Schleswig-Holstein dokumentiert haben (Faulstich/Grünhagen 1997, Faulstich/Vespermann/Zeuner 2000). Dort wurden entsprechende **Analyseinstrumente** und **Evaluationskriterien** entwickelt. Diese beziehen sich auf das Leistungsspektrum der Weiterbildungsverbände, die einzelnen Funktionsaspekte Information, Beratung, Qualitätssicherung sowie auf die interne und externe Organisation. Im Rahmen der Diskussion um das Netzwerk-Programm auch in Abstimmung mit dem BMBF wurden die empirischen Instrumente, vor allem der zugrundeliegende Fragebogen weiterentwickelt.

Auf dieser Grundlage kann eine **Typenbildung** und **synoptische Darstellung** erfolgen (vgl. 5). Sie kann zum einen auf die Organisationsform bezogen werden, zum andern können die Gewichte der Leistungsaspekte berücksichtigt werden.

3.2 Durchführung

Die Umsetzung des Projektes in der extrem kurzen Laufzeit war nur möglich vor dem Hintergrund weitgehender einschlägiger Vorarbeiten. Wir haben in den **Länderstudien** für Hessen und Schleswig-Holstein sowie bei der Mitarbeit für Bremen und Nordrhein-Westfalen entsprechende Konzepte vorgeschlagen und ausgearbeitet. Aus diesen Arbeitszusammenhängen bestehen zahlreiche **Kontakte zu den Akteuren** auf Landes- und Regionsebene, die weiter genutzt wurden. Als **Ansprechpartner** sind vor allem auch die Mitglieder des Ausschusses Weiterbildung der KMK und der KAW zu nennen. Erste Ergebnisse der vorliegenden Recherche wurden in einer Sitzung der KAW am 4. Mai 2000 präsentiert.

In den genannten Arbeitszusammenhängen wurden auch umfangreiche **Literaturrecherchen** durchgeführt, die sowohl Veröffentlichungen als auch interne Materialien umfassen und uns vorliegen (vgl. Teil 6).

Bei den Analysen und Evaluationen für Hamburg und Schleswig-Holstein wurde erstmalig ein **Kriterienraster** für die Qualität von Supportstrukturen entwickelt und auf seine Brauchbarkeit für empirische Analysen erprobt.

Vor diesem Hintergrund konnten kurzfristig die Arbeitsschritte für die geplante Bestandsaufnahme festgelegt werden:

- Anfragen bei den zuständigen Referenten in den Ministerien aller Bundesländer, dem Deutschen Städtetag und dem Landkreistag, dem DIHT (März 2000).
- Parallel schriftliche Anfragen bei den Ministerien, den Industrie- und Handelskammern und den Arbeitsämtern (März 2000).
- Standardisierte Fragebogenerhebung (März – Juni 2000).
- Erstellung einer Adressendatei für die erfaßten Verbände (bis 15. April 2000 und fortlaufend).
- Ergänzung und Aufbereitung der vorliegenden Materialien (bis 15. April 2000).

- Auswertung in Form einer Netzwerktypologie (bis 15. April 2000).
- Vorbereitung einer Präsentation (bis Mai 2000).
- Durchführung der Präsentation im Rahmen der KAW–Fachtagung (4. Mai 2000).
- Erstellung der Erstfassung eines Abschlußberichtes (Juni 2000).
- Diskussion der ersten Berichtsfassung im BMBF.

Die schriftliche Erhebung (März bis Juni 2000) wurde in einem zweistufigen Verfahren durchgeführt. Zum einen wurden Institutionen mit der Anfrage angeschrieben, uns die ihnen bekannten Kooperations-, Netzwerk- bzw. Verbundaktivitäten zu benennen, um diesen dann den Erhebungsbogen zuzusenden. Zu diesen Institutionen gehörten u.a. die IHKn, der Ausschuß Weiterbildung der KMK, die KAW - Mitglieder, die Ministerien, der Städtetag, der DIHT, der DVV, das BIBB, das DIE usw..

Andererseits wurden von uns Verbände direkt angeschrieben, die aus anderen Zusammenhängen bekannt waren. Weiterhin wurden Verbände unter Zuhilfenahme des Internets und aufgrund einer Vielzahl von geführten Telefonaten identifiziert und mit dem Erhebungsbogen angeschrieben.

Ingesamt wurden **386** Institutionen (Ministerien, IHKn etc.) angeschrieben. Dabei wurden **146** Kompetenznetzwerke identifiziert und befragt. Insgesamt kamen **149** Erhebungsbögen zurück - (teilweise Doppelantworten). Von diesen wurden **72** als Verbände ausgewertet. Die folgenden Graphiken und Zahlen beziehen sich also auf eine Untersuchungsgröße von **n = 72**. Es waren Mehrfachantworten möglich, so daß die Prozentangaben in der Summe 100 Prozent übersteigen.

Der Erhebungsbogen umfaßte folgende Bereiche:

Professor Dr. Peter Faulstich
Dr. Christine Zeuner

Universität Hamburg
Lehrstuhl für Erwachsenenbildung
Joseph-Carlebach Platz 1 (Binderstr. 34)
20146 Hamburg

Bitte zurücksenden an:

Projekt: Kooperationsverbände / Netzwerke
Universität Hamburg
Per Vespermann
Joseph-Carlebach-Platz 1 (Binderstr. 34)
20146 Hamburg

Adresse:

Koordinationsstelle/

Geschäftsstelle:

Ansprechpartner:

Anzahl der Mitwirkenden/

Akteure:

Erhebungsbogen zur Arbeitsweise der Kooperationsverbände

1. Wie ist die Organisationsstruktur in ihrem Kooperationsverbund beschaffen?

hinsichtlich:

die Arbeit wird koordiniert:

a) Organisationsform:

- als Verein ρ
- durch einen einzelnen Träger ρ
- durch die Wirtschaftsförderung ρ
- als loser Verbund ρ
- Sonstiges (bitte ausführen) ρ

b) Entscheidungsform:

- gemeinsame Sitzungen ρ
- Absprachen ρ
- bindende Beschlüsse ρ
- Sonstiges (bitte ausführen) ρ

c) Zusammenarbeitsform:

- Veranstaltungen ρ
- Herausgabe gemeinsamer Programme ρ
- gemeinsame Nutzung von Gebäuden und Räumen ρ
- Austausch von Dozenten und Personal ρ
- Sonstiges (bitte ausführen) ρ

2. Wie verteilen sich Ihre beteiligten Kooperationspartner?

	Anzahl
- Allgemeine Bildungsträger	
- Berufliche Bildungsträger	
- Weiterbildungsanbieter	
- Arbeitsverwaltung	
- Wirtschaftsförderung	
- Kommunale Ämter	
- Unternehmen	
- Kammern	
- Vereine	
- Initiativen von Lerninteressierten	
- Sonstige (bitte angeben)	

3. Wie würden Sie die Verbindlichkeit Ihres Zusammenschlusses beschreiben?

- Lose Zusammenarbeit	ρ
- Verbindliche Aufnahmeverfahren	ρ
- Festlegung in einer Satzung	ρ
- Zahlung von Mitgliedsbeiträgen	ρ
- Gemeinsame Akkreditierung	ρ
- Gemeinsame Zertifizierung	ρ
- Sonstiges (bitte angeben)	ρ

4. Was ist das gemeinsame Leistungsspektrum Ihres Verbundes?

- Werbung und Öffentlichkeitsarbeit	ρ
- Informationssysteme Datenbanken	ρ
- Internetpräsentation	ρ
- Beratung	ρ
- Qualitätsentwicklung	ρ
- Gezielte Ansprache bestimmter Zielgruppen (bitte angeben)	ρ
- Sonstiges (bitte ausführen)	ρ

5. Wie würden Sie die regionale Reichweite Ihres Kooperationsverbundes beschreiben?

- Kommunale Ebene ρ
- Kreisebene ρ
- Regierungsbezirk ρ
- Arbeitsamtsbezirk ρ
- Kammerbezirk ρ
- Sonstige (bitte ausführen) ρ

6. Wie finanziert sich Ihr Kooperationsverbund?

<u>Art der Finanzierung</u>		<u>Umfang der (Förder)Mittel in 1999</u>
- EU-Mittel	ρ	
- Bundesmittel	ρ	
- Landesmittel	ρ	
- Mittel der Kommune	ρ	
- Eigenbeteiligung durch Mitgliedsbeiträge	ρ	
- Teilnehmergebühren	ρ	
- Sponsoren	ρ	
- Sonstiges (bitte angeben):	ρ	
- Insgesamt		

7. Seit wann besteht Ihr Kooperationsverbund?

8. Was war Anstoß für die Initiierung des Kooperationsverbundes?

9. Wie soll die Kontinuität der Arbeit gesichert werden (insbesondere nach dem Ablauf von Fördermitteln)?

Abb. 2: Erhebungsbogen

Die Rückläufe ermöglichen eine vorsichtige quantitative Analyse. Diese beschränkt sich angesichts der Fallzahl in der Regel auf Häufigkeitsauszählungen. Der in Kooperation mit dem BMBF festgelegte Fragebogen konnte angesichts der knappen Laufzeit keinem gesonderten Pretest unterzogen werden. Auch vom Gegenstand her konnten die Fragen nicht immer trennscharf formuliert werden. Aufgrund des explorativen Charakters des Fragebogens ergeben sich zwingend Überschneidungen in den Antwortmöglichkeiten.

Dennoch haben wir uns hinreißen lassen in den Fällen, wo dies überhaupt sinnvoll und möglich war auch Korrelationen nach Pearson mit SPSS zu rechnen. Die dabei resultierenden statistischen Größen sind höchstens als Trends zu bewerten. Die von uns genannten signifikanten Korrelationen auf einem Signifikanzniveau von 1% bzw. von 5% beinhalten das Risiko, daß in einem bzw. fünf Fällen von hundert ein Zusammenhang behauptet wird, der so nicht vorliegt. Die Resultate der Korrelationen haben wir in den Bericht aufgenommen, sofern dies inhaltlich plausibel erschien.

Die Aussagen des Berichts sind nicht nur durch die quantitative Analyse gestützt, sondern beruhen auf weiteren uns vorliegenden Materialien und Informationen der Kooperationsverbände. Außerdem haben wir in anderen Zusammenhängen vielfältige Gespräche und Interviews mit ähnlichen Adressaten geführt, welche die Expertise stützen können.

4. Ergebnisse der Bestandsaufnahme

Die erfaßten regionalen Kooperationsverbände differenzieren erheblich hinsichtlich Leistungen, Organisationsstrukturen, Zusammenarbeitsformen, Kooperationspektrum, regionaler Reichweite und Arbeitsdauer. Es läßt sich, wenn man die verschiedenen Dimensionen zusammenfaßt, eine Typologie kennzeichnen.

4.1 Aktivitäts- und Funktionsspektrum

Innerhalb des Leistungsspektrums steht bei zwei Dritteln der Kooperationsverbände Werbung und Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund (vgl. Abb. 3). Die Präsentation im Internet wird an zweiter Stelle, aber immerhin mit 66,7% als Leistungsmerkmal angeboten.

Informationssysteme und Datenbanken werden von 40% der Befragten eingesetzt. Die Beratung als personalintensive Funktion von hoher Relevanz für die Adressaten wird immerhin von 63,9% der Kooperationsverbände angeboten. Aussagen über Art und Umfang bzw. über die Adressaten dieser Beratung lassen sich allerdings derzeit nicht machen.

Die Qualitätsentwicklung wird immerhin von 41,7% der Befragten als Leistungsaktivität auch umgesetzt. Dies ist insofern erstaunlich, als daß die Qualitätsentwicklung eine dem Konsens schwer zugängliche Abstimmungsaufgabe darstellt.

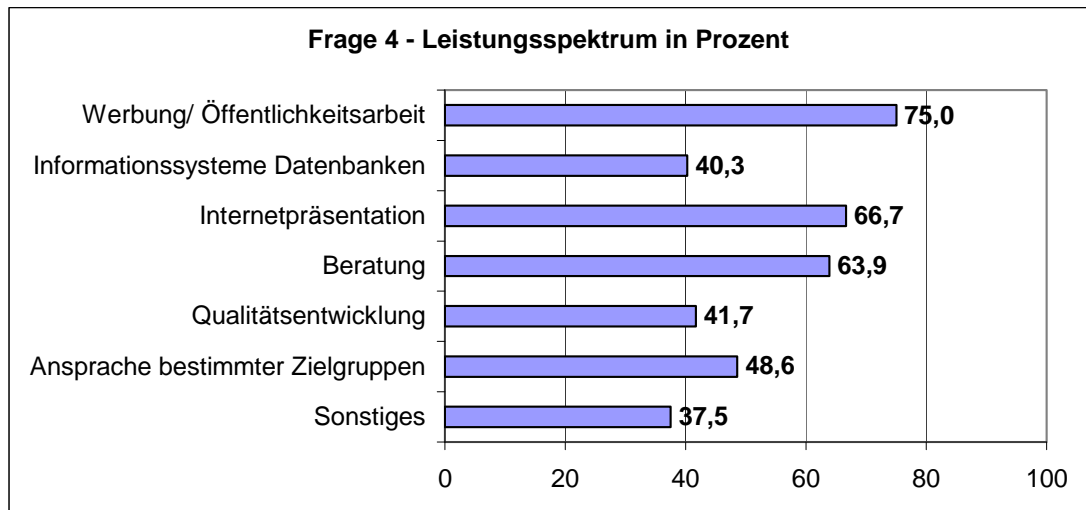


Abb. 3: Leistungsspektrum

Die Ansprache bestimmter Zielgruppen wird von 48,6% der Verbände geleistet. In diesem Zusammenhang werden häufig kleine und mittlere Unternehmen (KMU) genannt. Ansonsten gestalten sich die Zielgruppen äußerst heterogen und können zusammenfassend nicht dargestellt werden. Häufiger genannte Zielgruppen sind Frauen, Migranten und Arbeitslose.

Die Aufgabenbereiche sowie die Leistungsspektren der Verbände gestalten sich äußerst unterschiedlich. Die verschiedenartigen Laufzeiten der einzelnen Kooperationsverbände spiegeln sich im Aufgaben- und Leistungsspektrum wider. Generell lassen sich je nach mehr politischem oder mehr administrativem Schwerpunkt zwei Hauptgruppen innerhalb des Aktivitäts- und Leistungsspektrums unterscheiden.

Entscheidungs- und Abstimmungsaufgaben: Innerhalb der Entscheidungs- und Abstimmungsaufgaben könnte man noch Planungs- und Beratungsaufgaben unterscheiden, wie z.B. Strategien zur Kontinuitätssicherung von Angeboten, Angebotsabstimmung (eventuell gemeinsame Programme), Bedarfsklärungen und Entwicklung der Weiterbildungsinfrastruktur.

Unterstützungsaufgaben: Die Unterstützungsaufgaben beinhalten zum einen die PR-Aufgaben, also Werbung, Information und ein gemeinsames Weiterbildungsmarketing. Zum anderen geht es auch um Bereiche wie: Beratung, Erhe-

bung von Personal- und Qualifikationsbedarf und Implementation von Qualitätssicherungssystemen.

Die Aktivitätsspektren sind abhängig von den konkreten Akteurs- und Funktionskonstellationen im Netzwerk. Wo „Kommunale Ämter“ oder „Lerninitiativen“ beteiligt sind, gibt es einen Zusammenhang zu der Ansprache bestimmter Zielgruppen (Korrelationskoeffizient $r = 0,304$ bzw. $0,310$). Dies gilt auch für die Fälle mit Unternehmensbeteiligung ($r = 0,389$), wobei es wohl um andere Adressaten geht.

Grundleistung der meisten Kooperationsverbände ist Werbung für Lernmöglichkeiten. Dies ist eindeutig die Funktion, die allen gemeinsam nutzt. Darauf bauen weitere Leistungen wie gezielte Informationen z.B. über Datenbanken auf. Beratung wird da angeboten, wo auch Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Datenbanknutzung und Internetpräsentation stattfindet ($r = 0,301$ bzw. $0,264$ bzw. $0,266$). Es haben sich insgesamt unterschiedliche Schwerpunkte herausgebildet. Es wäre aber dysfunktional diese vereinheitlichen zu wollen.

4.2 Organisationsstrukturen

Die **Organisationsstrukturen** der Kooperationsverbände sind unterschiedlich beschaffen und reichen von der Koordination durch einzelne Träger bis zur Anbindung an die kommunale Wirtschaftsförderung. Teilweise existieren auch Mischformen innerhalb der **formalen Organisation**, z.B. wenn die Organisation nicht von einem Beteiligten übernommen werden kann oder soll, sondern von zwei oder mehreren Beteiligten. Die Form der Organisation reicht von der verbindlichen Mitgliedschaft in einem eingetragenen Verein (11,1%) bis zur Organisation in einem eher losen Verbund (56,9%) (vgl. Abb. 4). Als weitere Organisationsformen werden Arbeitsgemeinschaften und Stiftungen genannt.

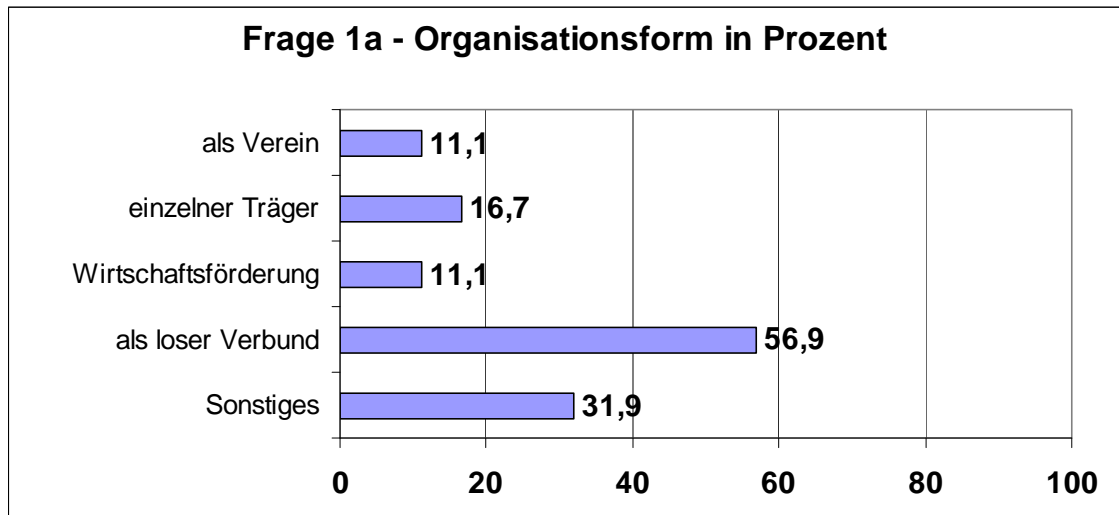


Abb. 4: Organisationsform

Über die Hälfte der befragten Kooperationsverbände sind momentan als lose Verbände organisiert. Dies kann zum einen an der kurzen Laufzeit der Verbundaktivitäten liegen, d.h. es könnte aus einem losen Verbund ein eingetragener Verein entstehen. Andererseits kann dies durchaus gewollt sein, da es sich bei den Akteuren teilweise um Konkurrenten am Markt handelt, so daß möglicherweise Vorbehalte gegen allzu verbindliche Organisationsformen bestehen.

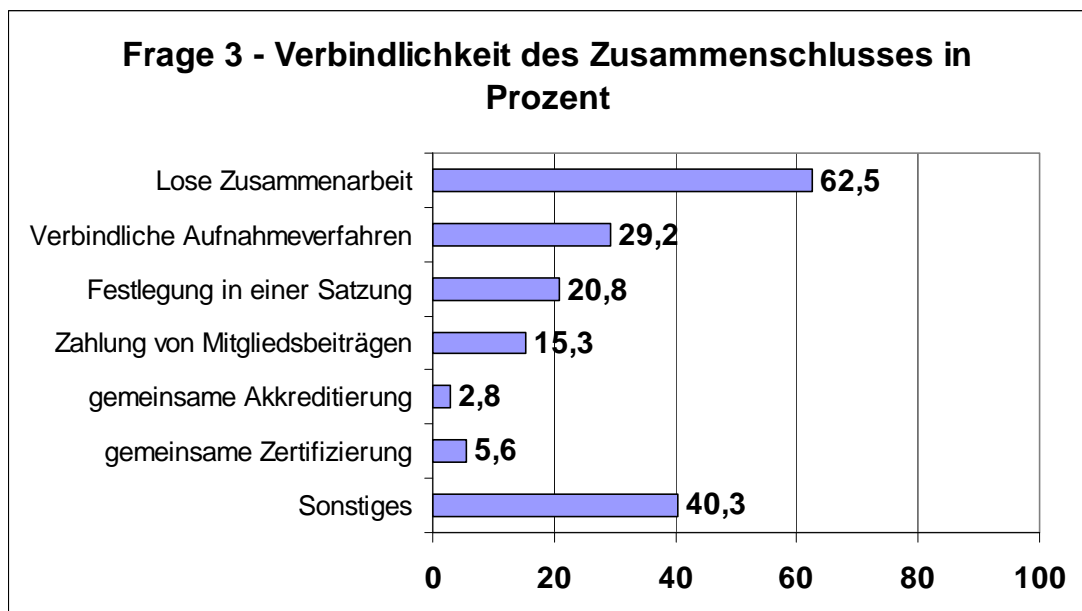


Abb. 5: Verbindlichkeit des Zusammenschlusses

Frage 3 beleuchtet die Verbindlichkeit des Zusammenschlusses und dessen Handhabung (vgl. Abb. 5).

Die ersten drei Antwortmöglichkeiten kennzeichnen steigende Institutionalisierungsgrade. Wieder wird der Zusammenschluß von 62,5% der Befragten als lose Zusammenarbeit angesehen. Verbindliche Aufnahmeverfahren werden nur in 29,2% der Fälle angegeben. Die Festlegung in einer Satzung wird von einem Fünftel (20,8%) der Befragten angegeben.

Eine gemeinsame Zertifizierung wird sogar nur von 5,6% der befragten Kooperationsverbände durchgeführt. Eine gemeinsame Akkreditierung findet in nur 2,8% der Fälle statt. Die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen durch die an der Kooperation Beteiligten wird von 15,3% der Befragten angegeben. Durch die Zahlung von Mitgliedsbeiträgen entsteht selbstverständlich auch ein hoher Grad der Verbindlichkeit innerhalb des Zusammenschlusses.

Wenn man die Institutionalisierungsgrade (von loser Zusammenarbeit, über verbindliche Aufnahmeverfahren bis zur Satzung) auf das Leistungsspektrum bezieht, lassen sich positive Korrelationen beim Bestehen einer Satzung für das Vorhandensein von Informationssystemen und Beratung ermitteln ($r = 0,276$ bzw. $0,243$). Höhere Verbindlichkeit fördert demnach über Werbung hinausgehende anspruchsvollere Leistungen.

4.3 Entscheidungsformen

Entscheidungen werden in nahezu allen Fällen (94,4%) im Rahmen gemeinsamer Sitzungen festgelegt (vgl. Abb. 6). In 58,3% der Fälle werden Absprachen getroffen. Bindende Beschlüsse kommen nur bei einem knappen Drittel (30,6%) der Kooperationsverbände zustande.

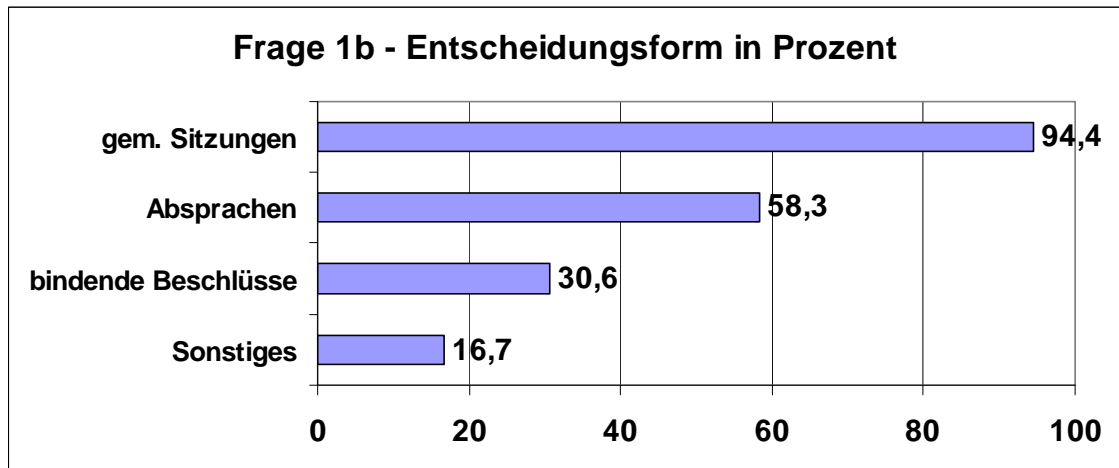


Abb. 6: Entscheidungsform

Die Verbindlichkeit der Entscheidungsform spiegelt in etwa die Verbindlichkeit der Organisationsform wider. Die am stärksten regulierte Organisationsform, die des eingetragenen Vereins, wird nur etwa von einem Zehntel (11,1%) der Kooperationsverbände realisiert (vgl. 4.1). Als Ergänzung wurden vereinzelt (Kooperations-) verträge benannt, die aber nur für einzelne Bereiche bzw. einzelne Projekte der bestehenden Kooperation gelten. Betont wird häufiger die Freiwilligkeit der Kooperation und die Übernahme von Verantwortung nach dem Konsensprinzip.

4.4 Formen der Zusammenarbeit

Die Form der Zusammenarbeit, die fast durchgängig von allen Beteiligten genannt wird, ist die der Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen. Diese wird von 86,1% der Befragten als zutreffend angegeben (vgl. Abb. 7).

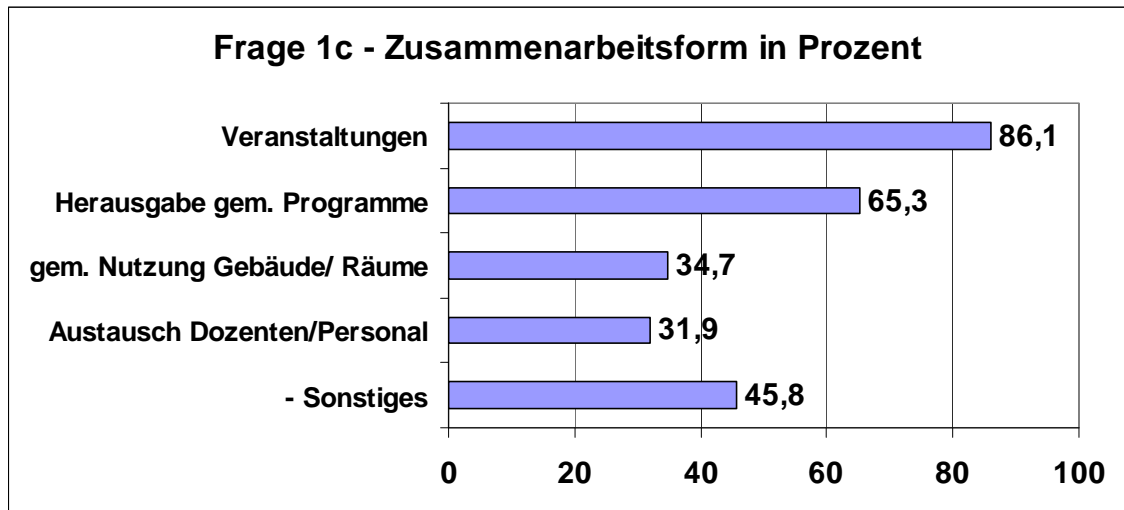


Abb. 7: Zusammenarbeitsform

Unter Veranstaltungen werden in diesem Zusammenhang Arbeitstreffen und Projektentwicklungen auf Verbundebene als auch die Repräsentanz auf Messen, Lernfesten etc. verstanden sowie die gemeinsame Durchführung von Kursen und Lehrgängen.

In zwei Dritteln der Fälle (65,3%) werden gemeinsame Programme herausgegeben. Es ist naheliegend, daß bei gemeinsamer Programmherausgabe in den meisten Fällen eine Abstimmung der Programmangebote im Vorfeld stattgefunden hat. Eine gemeinsame Ressourcennutzung wird jeweils von einem Drittel der befragten Kooperationsverbünde realisiert. Zum einen ging es dort um die gemeinsame Nutzung von Räumen und Gebäuden (37,7%), zum anderen um den Austausch von Dozenten bzw. Personal. Diese Option wird von 31,9% der Beteiligten genutzt. Darüber hinaus wurde von einigen Kooperationsverbänden die Zusammenarbeit in aufgabenbezogenen Arbeitsgruppen bzw. Unterarbeitsgruppen erwähnt.

Es werden verständlicherweise die Aktivitäten vorrangig aufgenommen, welche den einzelnen Beteiligten der Verbünde nutzen. Insofern sind Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und die Beteiligung an Lernfesten unbestritten Grundbestand von Kooperationsaktivitäten.

4.5 Kooperationsspektrum

Das Kooperationsspektrum variiert beträchtlich hinsichtlich der Art und der Anzahl der beteiligten Organisationen bzw. Institutionen. Im Durchschnitt liegt die Anzahl der Mitwirkenden in den Kooperationsverbänden bei 32.

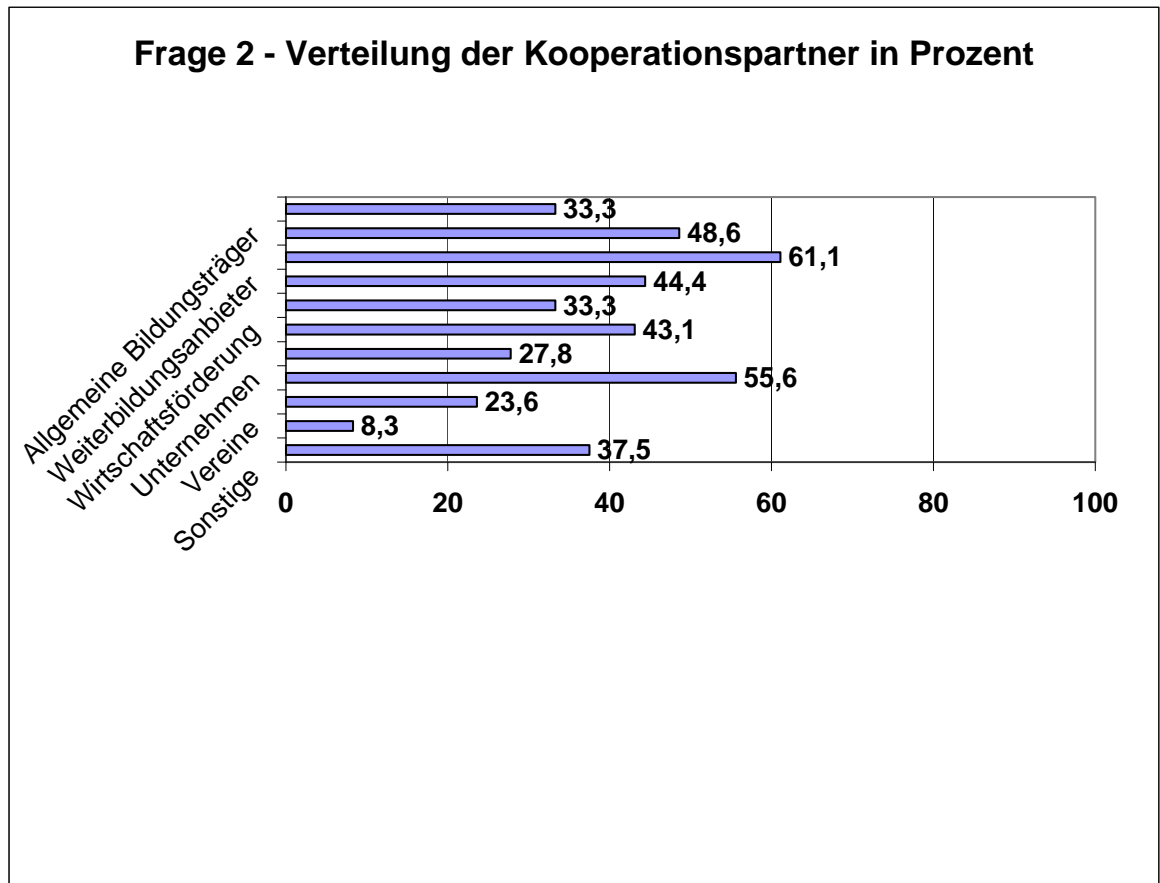


Abb. 8: Verteilung der Kooperationspartner

Die durchschnittliche Größe der Kooperationsverbände von 32 spiegelt aber zahlenmäßig die durchschnittliche Kooperation treffend wider. Eine visualisierte Darstellung der Anzahl der Mitwirkenden geordnet nach Rücklaufeingang veranschaulicht dies (vgl. Abb. 9).

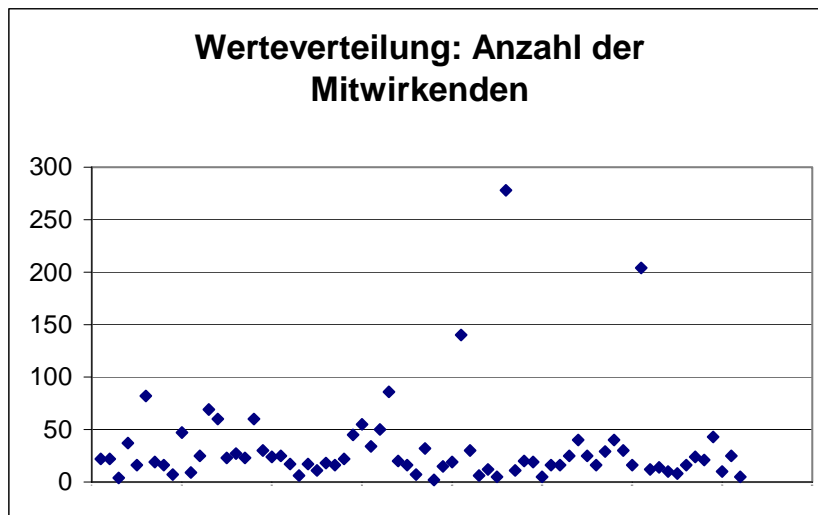


Abb. 9: Streuung der Kooperationsgrößen

Im Rahmen der schriftlichen Erhebung wurde nicht nur nach der generellen Beteiligung einzelner Institutionen gefragt, sondern auch nach dem zahlenmäßigen Gewicht der einzelnen beteiligten Institutionen. Im Zuge der Datenanalyse verzerrte die prozentuale Berechnung der beteiligten Kooperanden durch die anteilsbasierte Verteilung derart, daß die Anzahl der beteiligten Institutionen durch ihr Vorhandensein in der Kooperation ersetzt wurde. D.h. aus der Graphik (vgl. Abb. 8) geht nur das Vorhandensein einzelner beteiligter Institutionen hervor, nicht aber ihr anteiliges Gewicht. Diese Gewichtung wird in einer gesonderten Berechnung (vgl. Abb. 10) veranschaulicht. Dadurch, daß es eine große Anzahl von Bildungsträgern und Unternehmen in den jeweiligen Regionen gibt, die an der Kooperation beteiligt sein können, die Anzahl der beteiligten Kammern, Arbeitsverwaltungen, Wirtschaftsförderungen und kommunaler Ämter aber begrenzt in ihrem regionalen Vorhandensein sind, wurde die andere Form der Berechnung notwendig.

Die Weiterbildungsanbieter stellen mit 61,1% den größten Anteil der Kooperationspartner dar (vgl. Abb. 8) Die Kammern sind in über der Hälfte der Fälle (55,6%) als Kooperationspartner beteiligt. Auch die Arbeitsverwaltungen und die kommunalen Ämter sind fast bei der Hälfte der befragten Kooperationsverbände beteiligt (44,4%). Unternehmen sind bei mehr als einem Viertel (27,8%) der Befragten in die Kooperation involviert. Vereine sind mit 23,6% beteiligt. Das Schlußlicht bildet die Initiative von Lerninteressierten mit nur 8,3%. Die Initiativen von Lerninteressierten sind im Verhältnis betrachtet stark unterreprä-

sentiert. Ergänzend werden Berufsschulen, Universitäten und Fachhochschulen als Kooperationspartner benannt. Als regionale Besonderheit ist für einige schleswig-holsteinische Verbände die Beratungsstelle Frau & Beruf als Kooperationspartner zu erwähnen.

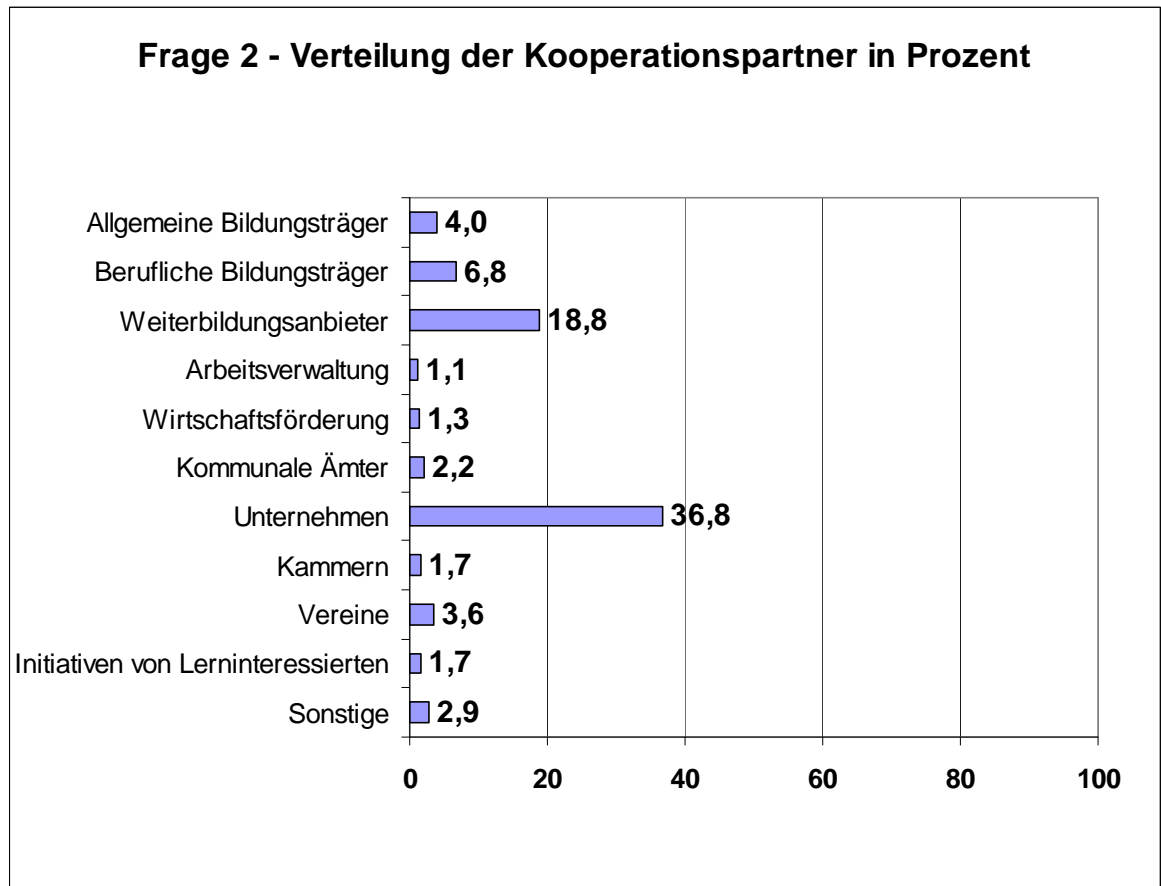


Abb. 10: Anteilsbasierte Verteilung der Kooperationspartner

Abbildung 10 verdeutlicht den zahlenmäßigen Anteil der jeweils beteiligten Institutionen. Bei Vorhandensein der Kategorie z.B. Unternehmen liegt die durchschnittliche Unternehmensanzahl bei 36,8. Der Anteil der Arbeitsverwaltung ist bei dieser Betrachtungsweise selbstverständlich gering und liegt beispielsweise nur bei 1.1.

Je nach Verteilung der Kooperationspartner wächst oder sinkt für die einzelnen Mitwirkenden deren Attraktivität. Für die einzelnen Netzwerkteilnehmer hängt der Beteiligungseffekt davon ab, wie viele und welche anderen Akteure einbezogen werden. Dabei geht es aber nicht nur um den individuellen Nutzen für die

einzelnen Kooperanden, vielmehr sollen Netzwerke zusätzlichen sozialen Nutzen abwerfen.

4.6 Regionale Reichweite

Die **regionale Reichweite** der Lernnetzwerke umfaßt zumeist (48,6%) die Kreisebene (vgl. Abb. 11). Dies kann zum einen zurückgehen auf die belegbaren Initiativen der Landkreise. Zum anderen entspricht dies dem Adressatenradius mittelgroßer Bildungsanbieter, die in den Verbänden zahlreich vertreten sind.

Für die Beteiligung an berufsbezogenen Verbänden ist - wegen der Leitfunktion dieser Institutionen - vielfach der Arbeitsamts- oder der Kammerbezirk maßgeblich. Der Arbeitsamtsbezirk wird von 18,1% der Befragten als zutreffend angegeben. Der Kammerbezirk wird in 15,3% der Fälle angegeben.

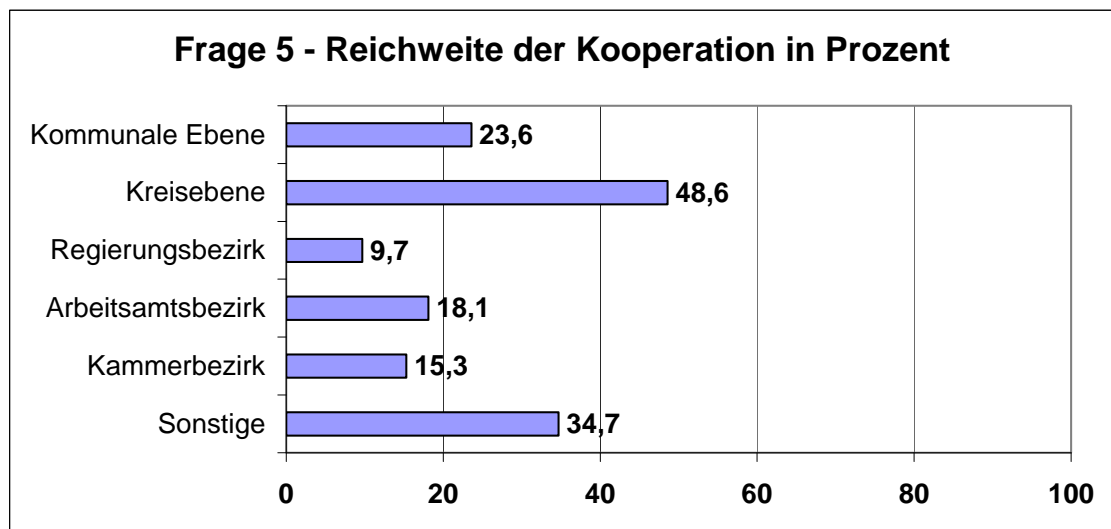


Abb. 11: Reichweite der Kooperation

Darüber hinaus sind vier Kooperationsverbände zu nennen, die über Deutschland hinaus vernetzt sind. Es handelt sich dabei um die euroregionale Nachbarschaft (EUREGIO-Maas-Rhein); die Grenzregion Trier/ Luxemburg und die Region Borken-Bocholt-Winterswijk (NL).

Eine weitere internationale Kooperation besteht in der „Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung Bodensee“.

4.7 Finanzierung

Die Frage der Finanzierung wurde von den Kooperationsverbänden eher zurückhaltend beantwortet. Meist werden mehrere Finanzquellen angegeben. Bei dieser Mischfinanzierung spielt die Unterstützung durch die Länder eine wesentliche Rolle.

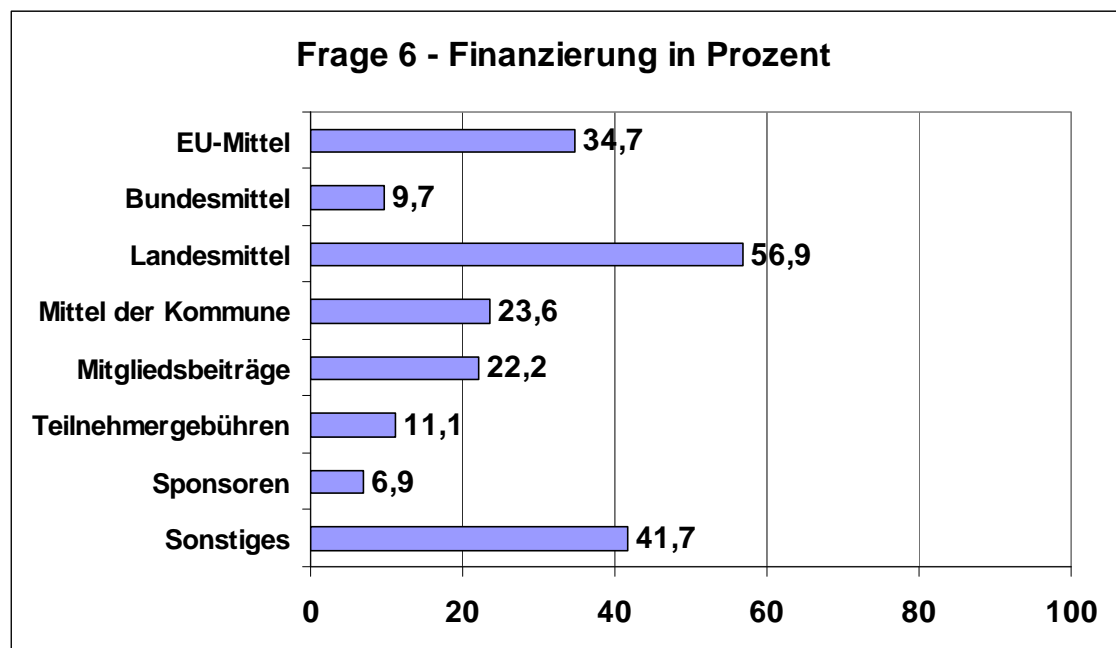


Abb. 12: Finanzierung

Der Umfang der Fördermittel für das Jahr 1999 wurde nur von einem Teil der Verbände angegeben. Es zeigt sich, daß die Landesmittel (56,9%) und die EU-Mittel (34,7%) den größten Anteil ausmachen. Fast ein Viertel (22,2%) der Verbände erhebt Mitgliedsbeiträge.

Wo Landesmittel fließen, gibt es oft auch EU-Mittel ($r = 0,281$); wo Teilnehmergebühren erhoben werden beteiligen sich verstärkt auch Sponsoren ($r = 0,251$). Insgesamt stellt sich das Bild äußerst vielfältig und uneinheitlich dar.

Es gibt anscheinend einen Zusammenhang zwischen Institutionalierungsgrad und Finanzstruktur. „Lose Zusammenarbeit“ korreliert negativ mit „Teilnehmergebühren“ ($r = -0,274$), Mitgliedsbeiträge werden selbstverständlich erst nach

„verbindlicher Aufnahme“ gezahlt ($r = 0,318$). Eine existierende Satzung verstärkt das Gewicht der Mitgliedsbeiträge ($r = 0,466$), der Teilnehmergebühren ($r = 0,363$), aber auch der Sponsoren ($r = 0,263$) an der Finanzierung.

4.8 Laufzeit und Kontinuität

Die Laufzeiten der erfaßten Kooperationsverbände variieren beträchtlich. Die Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung in Baden-Württemberg bestehen teilweise schon seit ca. 30 Jahren, während viele der anderen Kooperationen erst neueren Datums sind.

Die Spannweite der Laufzeiten bewegt sich zwischen wenigen Monaten und 32 Jahren. Von den 21% der vor 1990 gegründeten Kooperationsverbände (vgl. Abb. 13) entsprechen drei Viertel den erwähnten Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung in Baden-Württemberg. Diese Arbeitsgemeinschaften sind, wie schon erwähnt, seit ca. 30 Jahren aktiv. Ein Drittel (32%) ist in der Zeit zwischen 1990 und 1995 gegründet worden. Die Weiterbildungsverbände in Schleswig-Holstein fallen teilweise in diesen Zeitraum, obwohl einige dieser Verbände erst nach 1995 gegründet wurden. Über ein Drittel (37%) der Kooperationsaktivitäten wurde im Zeitraum zwischen 1996 und 1998 gegründet. Den kleinsten prozentualen Anteil stellen die Aktivitäten dar, die nach 1998 initiiert wurden.

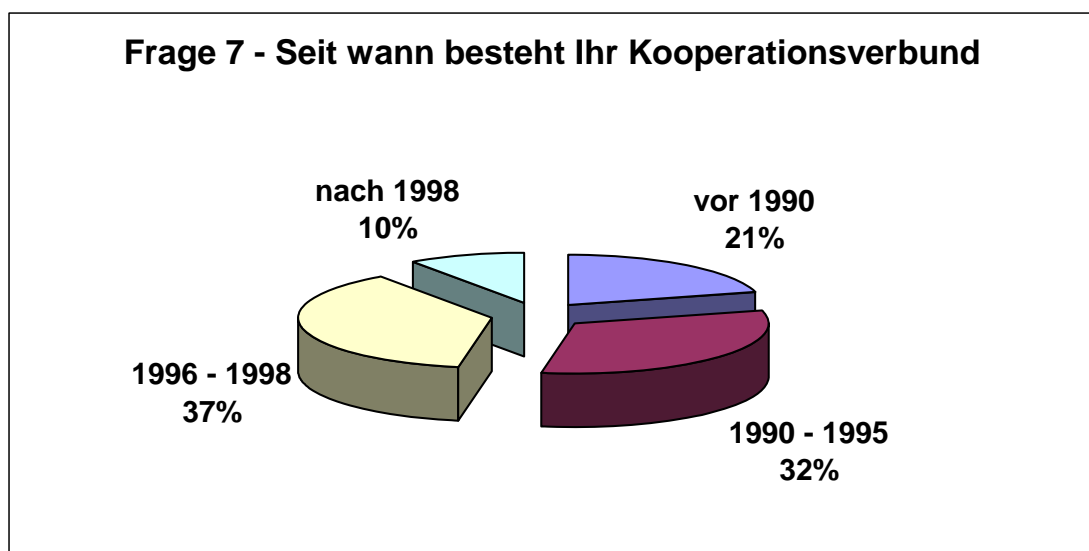


Abb. 13: Laufzeiten der Kooperationen

Ein zehnpromzentiger Anteil der „Neugründungen“ an den insgesamt erfaßten Kooperationsverbänden deutet auf eine Rotation hin. Obwohl einige der uns

bekannten und bereits wieder eingestellten Kooperationsaktivitäten neueren Datums waren, unterlagen diese teilweise extrem kurzen Projektlaufzeiten. Einen visuellen Eindruck über das Gründungsgeschehen gibt die Verteilung der Laufzeiten geordnet nach den Eingänge der Rückläufe.

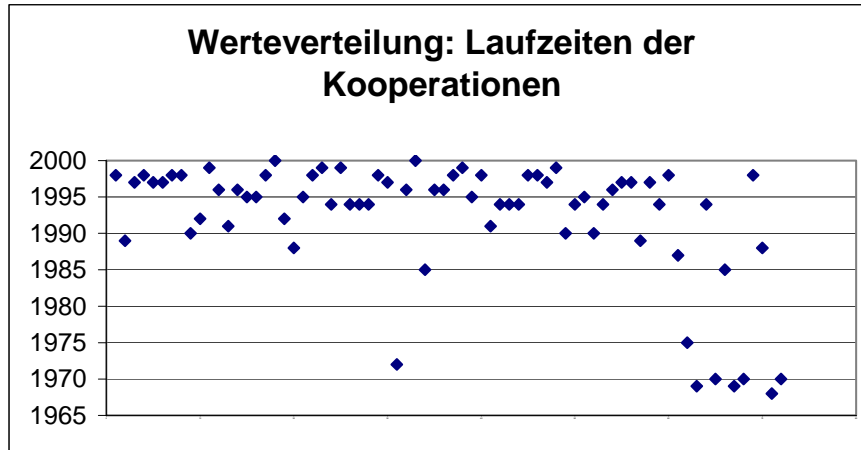


Abb. 14: Streuung der Kooperationslaufzeiten

Die Frage nach der Kontinuitätssicherung der bestehenden Kooperationsaktivitäten belegt deutliche Unsicherheit für die Fortführung.

Institutionelle Dauerförderung
weitere Fördermittel von Land, Bund oder EU
Zuschüsse der Träger
Finanzierung durch beteiligte Unternehmen
Akquisition weiterer Projekte
eigene Einnahmen

Abb. 15: Kontinuitätsstrategien

Die Strategien zur Kontinuitätssicherung reichen von dem Erhalt weiterführender Zuschüsse durch das Land, den Bund oder die Europäische Union bis zur Finanzierung durch eigenständige Einnahmen.

In einigen Kooperationsverbänden scheint es gezielte Strategien zur Fortsetzung der Arbeit zu geben, in anderen Kooperationsverbänden sind es eher noch vorläufige Überlegungen, die in dieser Form noch nicht umsetzbar erscheinen. Die Kontinuitätsstrategien sind in engem Zusammenhang mit dem Leistungsspektrum der Kooperationsaktivitäten zu betrachten. Bei Analyse der offenen Fragen ergab sich, daß bei einer fehlenden Kontinuitätsstrategie bzw. der Unsicherheit der Aktivitätsfortführung in der Regel keine neuen Leistungsangebote hinzukommen. Im Gegenteil: Das bestehende Angebot wird häufig reduziert, um kurzfristig den Fortbestand zu sichern.

5. Netzwerk-Typologie, offene Fragen und notwendige Untersuchungen

Basierend auf den Erhebungsdaten lässt sich ein hypothetisches Modell für eine Netzwerk-Typologie entwickeln, diese ermöglicht es, die verschiedenen Kooperationsaktivitäten bzw. –modalitäten zu beschreiben. Das **Kooperationsspektrum** wird anhand der Dimension eng versus breit gefaßt: Besonders in der beruflichen Weiterbildung bestehen oft Kooperationen zwischen Weiterbildungsträgern und einzelnen Unternehmen. Gleichzeitig gibt es Verbünde die von Schulbereich bis zu Kulturinitiativen reichen. Die **Leistungsbreite** kann anhand der Dimension speziell versus vielfältig beschrieben werden. So gibt es einerseits Spezialisten, andererseits Generalisten bezogen auf das Funktionsspektrum. Die **Organisationsform** schwankt zwischen den Polen lose versus verbindlich, von Einzelabsprachen bis zum Verein mit Satzung.

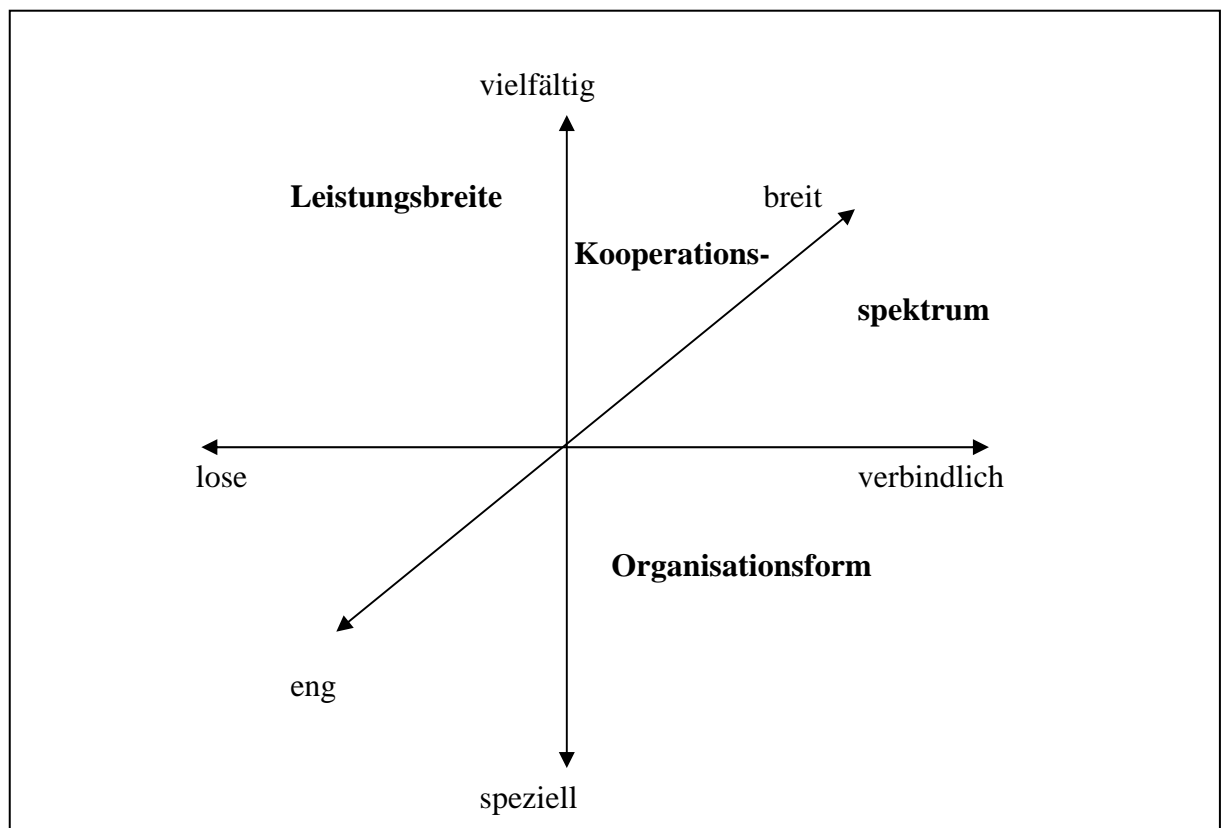


Abb. 16: Netzwerk-Typologie

Diese heuristische Konstruktion ermöglicht im Prinzip eine Einordnung der einzelnen Kooperationsverbände in die drei Dimensionen. Eine quantitative Zuordnung ist allerdings auf der Grundlage der vorliegenden Daten bisher nicht möglich, in weiteren Analysen wäre dies aber machbar. Dazu müßte eine umfangreichere empirische Analyse durchgeführt werden.

Die vorliegende Bestandsaufnahme ist sicherlich nicht vollständig und liefert ein „Blitzlicht“ der aktuellen Situation. Es liegt hier eine Zusammenstellung der im ersten Halbjahr 2000 in einem Projekt mit begrenzten Ressourcen und äußert kurzfristig erfaßten Kooperationsverbände vor. Dabei hat sich zusätzlich, indem sich einige uns bekannte Netzwerke schon wieder aufgelöst hatten, gezeigt, daß Kompetenznetzwerke oft instabil sind. Damit gehen oft auch die Erfahrungen aus den Kooperationsaktivitäten verloren. Permanente Nachuntersuchungen und ein Informationsservice basierend auf einer **kontinuierliche Pflege der Daten** sind notwendig.

Angesichts der Kurzfristigkeit des Untersuchungszeitraums war es nicht möglich, gezielte **Recherchen zu grenzüberschreitenden Kooperationen**, die aber für das Bundesprogramm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ als besonders bedeutsam angesehen werden, durchzuführen. Ebenfalls dürfte eine systematische Lücke entstanden sein, weil gezielte Recherchen zur **Einbeziehung soziokultureller Aktivitäten** und Initiativen von Lernenden bisher nicht erfolgen konnten. Dieses Kooperationspektrum bezieht sich auf andere Referenzstrukturen und Adressen, die zusätzlich erfaßt und untersucht werden müssen.

Die vorliegende fragebogengestützte Erhebung verbleibt an der Oberfläche der Antworten der Beteiligten selbst. Genauere und gesicherte Aussagen über die Realität der Kooperationsaktivitäten sind so nur beschränkt möglich. Es ist dazu notwendig, **exemplarische empirische Untersuchungen von Netzwerkeffekten** bei ausgewählten Kooperationsverbänden durchzuführen.

Im „Rahmenkonzept“ ist die **kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung, Auswertung und Beratung des Programms** vorgesehen. Wir haben bei der

Evaluation der Weiterbildungsverbände in Schleswig-Holstein (Faulstich/Vespermann/Zeuner 2000) festgestellt, wie wichtig die Information und der Erfahrungsaustausch der Akteure während der Laufzeit der Vorhaben ist. Angebracht ist daher eine formative Evaluation, die nicht nur auswertende, sondern zugleich beratende Funktionen übernimmt. Gerade bei einem Programm mit hohem Innovationspotential kommt es darauf an, Transparenz und Übertragungsmöglichkeiten zu sichern.

Es ist erstaunlich und auch für Insider überraschend, wie hoch die Zahl und wie breit das Spektrum bereits bestehender Kooperationsverbände ist, die in unserer Erhebung dokumentiert werden konnten. Dabei wurden vor allem die internen Strukturen und Funktionsaspekte erfaßt.

Es wird eine Hauptaufgabe der Programmevaluation sein, in weitergehenden quantitativen und vor allem auch in qualitativen Untersuchungen die externen Wirk- und Erfolgsfaktoren der Kooperationsverbände zu verfolgen. Dazu gibt es einige begründete Hinweise aus dem Material. Unterstellt wird in vielen Äußerungen, daß Kooperationsverbände besonders dann erfolgreiche Impulsgeber für „Lernende Regionen“ sein können, wenn sie einige organisatorische Merkmale erfüllen:

- Regionale Initiative;
- Flexibilität der Strukturen;
- „Bottom up“ – Steuerung;
- Geringe Hierarchie;
- Direkte Kommunikation;
- Neutrale Koordination;
- Offenheit des Leistungsspektrums;
- Verknüpfung verschiedener Politikfelder.

Inwieweit diese Anforderungen realisierbar und belegbar sind, werden erst die Ergebnisse und die Evaluation des Netzwerk-Programms zeigen können.

6. Literatur zu Kompetenznetzwerken/ Kooperationsverbänden

- AG QUEM: Regionalisierung als Strukturprinzip. In: QUEM-Bulletin (1994) H.4. S.1-20.
- AG QUEM: Lernen im Sozialen Wandel. QUEM-report H.59. Berlin 1999
- Ahlheit, P. und E. Kammler (Hg.). *Lifelong Learning and its Impact on Social and Regional Development*. Bremen 1998.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). "Berufliche Weiterbildung als Faktor der Regionalentwicklung." Hannover 1993.
- Alt, C. u.a. (Hg.). *Entwicklung und Umsetzung regionaler Qualifizierungsstrategien*. Bielefeld 1995.
- Alt, C. "Berufliche Weiterbildung als Faktor im Prozess der Regionalentwicklung." In: E. Nuissl (Hg.). *Standortfaktor Weiterbildung*. Bielefeld 1995. S. 50 – 75.
- Benzenberg, I. *Netzwerke als Regulations- und Aktionsfeld der beruflichen Weiterbildung. Konzepte, Erfahrungen und Perspektiven*. Bochum 1999.
- Biehler, H., J. Genosko, M. Sargel und D. Sträter. *Regionale Netzwerke und regionaler Arbeitsmarkt: kumulative Prozesse zirkulärer Verursachung?* Ingolstadt 1998.
- Biesecker, A. u. K. Grenzdörfer (Hg.). *Kooperation, Netzwerk, Selbstorganisation*. Pfaffenweiler 1996.
- Borkel, Anette. "Netzwerke aufbauen. Kooperation und Konkurrenz im VHS-Alltag." In: *DIE. Zeitschrift für Erwachsenenbildung* (1996/1). S. 36 – 37.
- Bosch, G. "Weiterbildung in der Region." In: Dobischat, R. u.a. (Hg.) *Berufliche Weiterbildung als freier Markt?* Berlin 1995. S. 91 – 109.
- Bosch, G. u.a. *Weiterbildung und Innovation in der Region*. Gelsenkirchen 1997.
- Brookmann-Nooren, C. "Die Rolle der Weiterbildung in der regionalen Struktur- und Beschäftigungspolitik." In: P. Faulstich u.a. (Hg.). *Weiterbildung für die 90er Jahre*. Weinheim 1992. S. 183 – 195.
- Büchter, Karin. "'In der Weiterbildung kann ja eigentlich nicht kooperiert werden.' Zur Komplexität der alltäglichen Kooperationspraxis in der regionalen beruflichen Weiterbildung aus der Sicht von Trägern." *Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik* 96 (2000/2).
- Bullmann, U. u.a. (Hg.). *Regionalisierte Modernisierungspolitik*. Opladen 1997.
- Burmeister, K. u. W. Canzler. "Netzwerke und gesellschaftliche Praxis." In: Hagedorn, F. u.a. (Hg.). *Anders arbeiten in Bildung und Kultur*. Weinheim 1994. S. 15 – 30.
- Burmeister, K. *Netzwerke: Vernetzungen und Zukunftsgestaltungen*. Weinheim 1991.
- CEDEFOP (ed.): *Towards the Learning Region*. Thessaloniki 1999

- Dobischat, R. "Reichweiten und Grenzen des Beitrags von beruflicher Weiterbildung zum regionalen Strukturwandel. Netzwerk zwischen Betrieben und überbetrieblichen Weiterbildungsträgern – ein Allianz mit Zukunft?" In: Hendrich, W. u.a. (Hg.). *Politikfeld betriebliche Weiterbildung*. München 1999. S. 89 – 115.
- Dobischat, R. "Analysen und Perspektiven regionalisierter Berufsbildungsforschung." In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.). *Berufliche Weiterbildung als Faktor der Regionalentwicklung*. Hannover 1993. S. 8 –31.
- Dobischat, R. u.a. (Hg.) *Berufliche Bildung in der Region. – Zur Neubewertung einer bildungspolitischen Gestaltungsdimension*. Berlin 1997.
- Dobischat, R. u.a. (Hg.) *Berufliche Weiterbildung als freier Markt?* Berlin 1995.
- Dörsam, P. u. A. Icks. *Vom Einzelunternehmen zum regionalen Netzwerk: Eine Option für mittelständische Unternehmen*. Stuttgart 1997.
- Engelking, G.: Regionale Bildungslandschaft – eine Kulturlandschaft ?! In: Pädagogik (2000) H.7-8. S. 39-43
- Ehmann, C. "Regionale Berufsbildungspolitik für die Arbeit von morgen." In: E. Nuissl (Hg.). *Standortfaktor Weiterbildung*. Bielefeld 1995. S. 126 – 134.
- Faulstich, P. "Entwicklungslinien der Weiterbildung in Schleswig-Holstein." Erscheint in: E. Nuissl u.a. (Hg.). *Systemevaluation in der Weiterbildung*. Bielefeld. Erscheint Ende 2000.
- Faulstich, P. "Heimat als Problem regionaler Qualifikationspolitik. In: Ahlheit, P. und E. Kammler (Hg.). *Lifelong Learning and its Impact on Social and Regional Development*. Bremen 1998. S. 151 – 168.
- Faulstich, P. "Regulation der Weiterbildung. Markt, Staat und Netze." In: K. Derrichs-Kunstmann u.a. (Hg.). *Weiterbildung zwischen Grundrecht und Markt. Rahmenbedingungen und Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich, 1997. S. 77 – 97.
- Faulstich, P. "'Netze' als Ansatz regionaler Qualifikationspolitik." In: R. Dobischat u.a. Hg. *Berufliche Bildung in der Region. . – Zur Neubewertung einer bildungspolitischen Gestaltungsdimension*. Berlin 1997. S. 53 – 64.
- Faulstich, P. (Hrsg.): "Dienstleistungen für die Erwachsenenbildung." *Hessische Blätter für Volksbildung*. (1997/3).
- Faulstich, P. "Regionalisierung statt Globalisierung in der Weiterbildung." *Grundlagen der Weiterbildung. Zeitschrift*. (1996). S. 306.
- Faulstich, P. "Öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung." In: Dobischat, R. u.a. (Hg.) *Berufliche Weiterbildung als freier Markt?* Berlin 1995. S. 53 – 70.
- Faulstich, P. "Weiterbildung – Element regionaler Wirtschafts- und Kulturpolitik." *Grundlagen der Weiterbildung. Zeitschrift*. (1992/3). S. 134 – 139.
- Faulstich, P. und C. Zeuner. "Lernkulturen in regionalen Netzwerken." *Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung 44*, Dezember 1999. S. 58 – 67.
- Faulstich, P. u.a. *Bestand und Entwicklungsrichtungen der Weiterbildung in Schleswig-Holstein*. Weinheim 1996.

- Faulstich, P. u.a. *Bestand und Perspektiven der Weiterbildung. Das Beispiel Hessen*. Weinheim 1991.
- Flüter-Hoffmann, C. u. Pieper A. *Berufliche Weiterbildung. Erfolgreiche Kooperation zwischen Unternehmen und Bildungsanbietern*. Köln 1996.
- Gnahn, D. "Die lernende Region als Bezugspunkt regionaler Weiterbildungspolitik." In: Dobischat, R. u.a. (Hg.) *Berufliche Bildung in der Region. – Zur Neubewertung einer bildungspolitischen Gestaltungsdimension*. Berlin 1997. S. 25 – 38.
- Gnahn, D. *Regionalisierung in der beruflichen Weiterbildung*. Hannover 1994.
- Gräbe, Sylvia. "Reziprozität und Stress in 'Support'-Netzwerken." In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (1991/2). S. 344 – 356.
- Granovetter, M. "Economic Action and Social Structure. The Problem of Embeddedness." *American Journal of Sociology* (1986). S. 481 – 510.
- Grenzdörfer, K. *Ökonomie der Kooperation in der Weiterbildung*. Bremen 1996.
- Hagedorn, F. (Hg.). *Anders arbeiten in Bildung und Kultur*. Weinheim 1994.
- Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung*. Hannover 1996.
- Hebborn, K. "Weiterbildung und Regionalentwicklung." In: E. Nuisl (Hg.). *Standortfaktor Weiterbildung*. Bielefeld 1995. S. 16 – 32.
- Hellmer, F. u.a. *Mythos Netzwerke*. Berlin 1999.
- Herbertz, W. u.a. *Regionale Qualifizierungszentren – Akteure im regionalen Strukturwandel*. Bielefeld 1994.
- Hild, P. *Netzwerke der lokalen Arbeitsmarktpolitik. – Steuerungsprobleme in theoretischer und empirischer Sicht*. Berlin 1997.
- Hübner, W., U. Bentrup. *Regionalisierung von Weiterbildungsprozessen*. Berlin 1995.
- Husemann, R. "Netzwerke als regionale Organisationsmodelle beruflich- betrieblicher Weiterbildung." In: Bayer, M. u.a. *Die Zukunft der AFG/ AFRG-geförderten beruflichen Weiterbildung*. Frankfurt a. Main, 1998. S. 243 – 258.
- Jochimsen, R. *Theorie der Infrastruktur*. Tübingen 1966.
- Jungk, S. "Kooperation und Vernetzung." In: Hagedorn, F. (Hg.). *Anders arbeiten in Bildung und Kultur*. Weinheim 1994. S. 61 – 72.
- Keim, H. u.a. *Strukturprobleme der Weiterbildung. Kooperation, Koordination Integration*. Düsseldorf 1973.
- Klemm, U. u.a. *Bilanz und Perspektive regionaler Erwachsenenbildung*. Frankfurt am Main 1997.
- Kremer, J., U. Michelsen u. T. Mießen. *Qualifizierungsnetzwerke beruflicher Weiterbildung*. Alsbach/Bergstraße 1998.
- Lohre, W. (Hrsg.): *Auf dem Weg zu einer neuen Lernkultur*. Gütersloh 1999

- Mahnkopf, B. "Markt, Hierarchie und soziale Beziehungen. Zur Bedeutung reziproker Beziehungsnetzwerke in modernen Marktgesellschaften." In: Beckenbach, N. u.a. (Hg.). *Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit*. Göttingen 1994. S. 65 – 84.
- Mayntz, R. "Modernisierung und die Logik von interorganisatorischen Netzwerken." In: *Journal für Sozialforschung* (1992/2). S. 19 – 32.
- Messner, D. "Fallstricke und Grenzen der Netzwerksteuerung." *Prokla* (1994). S. 563 – 596.
- Miller, T. "Netzwerke als Orte des Selbstlernens. In: *Grundlagen der Weiterbildung* (1996/7). S. 220 – 222.
- Müller, K. "Regionalpolitische Entscheidungen für Qualifizierungsstrategien und Fördermöglichkeiten an Beispiel Nordrhein-Westfalen." In: Alt, C. u.a. (Hg.). *Entwicklung und Umsetzung regionaler Qualifizierungsstrategien*. Bielefeld 1995. S. 25 – 27.
- Nuissl, E. (Hg.). *Standortfaktor Weiterbildung*. Bielefeld 1995.
- Nuissl, H. "Weiterbildung als Gegenstand von Stadtplanung." In: E. Nuissl (Hg.). *Standortfaktor Weiterbildung*. Bielefeld 1995. S. 76 – 101.
- Passens, B. "DVV- Netzwerk Beruf und Weiterbildung. Hintergrund, Aufgaben Ergebnisse." In: *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung* (1996/1). S. 38 – 39.
- Pätzold, G.: Berufspädagogisch geleitete Lernortkooperation im Kontext beruflicher Modernisierung. In: ZBW (1999) S.10-33.
- Reuling, J.: Regionalisierungsstrategien in der Berufsbildung - ein deutsch-niederländische Diskussion. In: BWP (2000) 24-28
- Reutter, G. "Kooperation in der Region." In: *DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung* (1996/1).
- Reutter, G. "Marktorientierung – Regionalorientierung. Wer orientiert was an wem?" In: E. Nuissl (Hg.). *Standortfaktor Weiterbildung*. Bielefeld 1995. S. 182 - 193.
- Reutter, G. "Regionale Vernetzungen beruflicher Weiterbildung." *Report* (1995/35). S. 71 – 84.
- Röhrle, B. *Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung*. Weinheim 1994.
- Scharpf, F.W.: Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. In: PVS (1991) 621-634.
- Scheff, J.: Lernende Regionen. Regionale Netzwerke als Antwort auf globale Herausforderungen. Wien 1999
- Schiersmann, Christiane. "Kooperation im regionalen Umfeld – Modelle und Erfahrungen." In: K. Derichs-Kunstmann u.a. (Hg.). *Weiterbildung zwischen Grundrecht und Markt. Rahmenbedingungen und Perspektiven*. Opladen 1997. S. 99 – 114.
- Schönfeld, M. u. S. Stöbe. *Weiterbildung als Dienstleitung. Die Zusammenarbeit zwischen Bildungsträgern und Betrieben bei der Qualifizierung von Beschäftigten*. Neuwied 1995.

- Schubert, K. "Netzwerke und Netzwerkansätze: Leistungen und Grenzen eines sozialwissenschaftlichen Konzepts. In: Kleinaltenkamp, M. u.a. (Hg.). *Netzwerkansätze im Business-to Business-Marketing*. Wiesbaden 1994. S. 8 – 49.
- Stahl, Th./ Schreiber, R.: Lernende Region. In: AG QUEM: Kompetenzentwicklung `99. Berlin 1999, S.339-378.
- Streeck, W.: Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen. In: KZfSS (1987). S. 452-470.
- Teichler, U.: Mittlere Systematisierung – eine Chance für regionale Weiterbildung? In: Dobischat, R. u.a. (Hrsg.): *Berufliche Weiterbildung in der Region*. Berlin 1997. S. 39-52
- Tietgens, H. "Kooperation." In: E. Schmitz und H. Tietgens (Hg.). *Enzyklopädie Erwachsenenbildung*. Stuttgart 1984. S. 423 – 426.
- Wegge, M. *Qualifizierungsnetzwerke – Netze oder lose Fäden?* Opladen 1996.
- Wegge, M. und M. Zander. *Qualifizieren im Strukturwandel. Erfahrungen mit Kooperationen in der regionalen Weiterbildung*. Gelsenkirchen 1994.
- Williamson, O. "The Economics of Organisations: The Transaction Cost Approach." *American Journal of Sociology* (1981). S. 87 – 109.
- Willke, H. *Ironie des Staates*. Frankfurt am Main 1992.
- Zarth, M./ Crome, B.: Die regionale Infrastrukturausstattung als Indikator für die Auswahl regionalpolitischer Fördergebiete. In: MittAB (1999) H.4,618-630
- Zeuner, C. "Weiterbündungsverbände als Impuls für die berufliche Weiterbildung". Erscheint im Tagungsband der 11. Hochschultage Berufliche Bildung 2000. "Berufsbildung zwischen innovativer Programmatik und offener Umsetzung." Hamburg 22 – 24. 3. 2000.
- Zimolong, B. (Hg.). *Kooperationsnetze, flexible Fertigungsstrukturen und Gruppenarbeit*. Opladen 1996.

Graue Literatur und Dokumente zu Kompetenznetzwerken/ Kooperationsverbänden

- Bauerndick, J. und M. Wegge. *Innovative Qualifizierungspolitik in den Regionen*. Kaiserslautern 1996.
- Benzenberg, I. u.a. "Innovations- und Qualifizierungsnetzwerk Gronau." Duisburg 1998.
- BFZ Essen (Hg.). "Projekt KBR – Kooperative Bildungsmaßnahmen im Regionalverbund. O. J.
- Büchter, Karin. "Berufliche Weiterbildung in der Region. Informationstransfer und Kooperation. Ergebnisse der Befragung von beruflichen (Weiter-)bildungsträgern in Ostfriesland. Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe." Oldenburg 1999.
- Buggenhagen, H. u. K. Busch. "Entwicklung von Bildungsunternehmen zur Kompetenzzentren. Innovationstransfer- und Forschungsinstitut für berufliche Aus- und Weiterbildung. Reihe: "Weiterbildung in der Region. Informationen, Berichte, Analysen." Bd. 21. Schwerin 02/2000. S. 3 – 7.
- Buggenhagen, H. u.a. "Wissenschaftliche Begleitung von Modellversuchen und Projekten – Grundlagen, Methodik und Organisation." "IFT-Schriftenreihe zur beruflichen Aus- und Weiterbildung." Bd. 23. Schwerin o.J.
- Busch, K. "Aufbau und Arbeitsweise des Strategieverbundes Weiterbildung." Innovationstransfer- und Forschungsinstitut für berufliche Aus- und Weiterbildung. Reihe: "Weiterbildung in der Region. Informationen, Berichte, Analysen." Bd. 21. Schwerin 02/2000. S. 8 – 18.
- Busch, K. "Wissensmanagement im Strategieverbund Weiterbildung." Innovationstransfer- und Forschungsinstitut für berufliche Aus- und Weiterbildung. Reihe: "Weiterbildung in der Region. Informationen, Berichte, Analysen." Bd. 19. Schwerin 12/1999. S. 13 - 16.
- Deutscher Industrie- und Handelstag und Bundesverband Deutscher Privatschulen. "Empfehlungen zur Kooperation in der Weiterbildung." Bonn 1990.
- Deutscher Industrie- und Handelstag und Bundesverband Deutscher Privatschulen. " Kooperation in der Weiterbildung." Bonn 1998.
- Ernst, H. "Der Kompetenzverbund – das Ausbildungszentrum im Verbund mit kleineren und mittleren Unternehmen – Implementation eines Ausbildungswerkes." Innovationstransfer- und Forschungsinstitut für berufliche Aus- und Weiterbildung. Reihe: "Weiterbildung in der Region. Informationen, Berichte, Analysen." Bd. 21. Schwerin 02/2000. S. 19 - 31.
- Döhler, M. "Netzwerke im politisch-administrativen System." In: Effektivität intermedialer Organisationen für den regionale Strukturwandel. Dokumentation der Tagung am 18. 06.1993 im Institut für Arbeit und Technik. Gelsenkirchen 1993. S. 7 – 20.
- Faulstich, P., P. Vespermann und C. Zeuner. "Evaluation des Weiterbildungskonzepts in Schleswig-Holstein." Abschlussbericht. Hamburg, Januar 2000.

- Faulstich, P. und C. Zeuner. "Evaluation des Weiterbildungskonzepts in Schleswig-Holstein." Zwischenbericht. Hamburg, Juli 1999.
- Faulstich, P. und M. Grünhagen. "Support-Strukturen als öffentlich gestützter Trägerverbund." Hamburg 1997.
- "Fit durch Fortbildung." Programm September 1999 bis Juli 2000. Arbeitsgemeinschaft für berufliche Fortbildung Mannheim.
- Friedrichsdorfer Büro (Hg.). "Lernende Region. Kooperationen zur Verbindung von Bildung und Beschäftigung in Europa." (o.J.).
- Fürst, D. und H. Kilper. "Die Innovationskraft regionaler Politiknetzwerke. Nordrhein-westfälische Ansätze politischer Modernisierung im Vergleich." Discussion Paper IAT. Gelsenkirchen 1994.
- Grenzdörfer, K.: Transversion von Nonprofit-Organisationen im intermediären Dreieck. Hekt. Man. Bremen 1999.
- Hellmer, F. und H. Kollros. "Die Bedeutung regionaler Netzwerkstrukturen. Erste Überlegungen am Beispiel der Feinmechanik/ Optik und der Elektrotechnik in Südniedersachsen." "Schriftenreihe des Instituts für Regionalforschung." Heft 5/1992. Göttingen 1992.
- Hübner, W. "Arbeitsmarkt und Weiterbildung." In: Quem Bulletin Heft 2. Berlin 1993.
- Hübner, W. "Regionale Qualifikationsentwicklungszentren – Bausteine künftiger beruflicher Weiterbildungsstrukturen?" In: Quem Bulletin Heft 4. Berlin 1994.
- Husemann, R. "Netzwerke als regionale Organisationsmodelle beruflich-betrieblicher Weiterbildung." Habilitationsvortrag gehalten am 4.6.1997. Unveröffentlichtes Manuskript, Duisburg, 1997.
- IHK Siegen, Infostelle Weiterbildung. "Baustein einer dynamischen Qualifizierungsgesellschaft – Bilanz einer Pilotphase." Siegen 1990.
- Innovations- und Qualifizierungsnetzwerk Gronau: "Standortfaktor Innovation und Qualifikation – SIQ –". Gronau 1997.
- Innovations- und Qualifizierungsnetzwerk Gronau: "Sachstandsbericht, Stand 30.6.1996. Allgemeine Qualifizierungsmaßnahme zur Durchführung eines Innovations- und Qualifizierungsnetzwerkes Gronau."
- Innovations- und Qualifizierungsnetzwerk Gronau: "Kurzpräsentation." Juni 1996.
- Keßler, K. "Berufliche Weiterbildung in Ostwestfalen Lippe. Leben und Arbeiten in der Region Ostwestfalen-Lippe. 2 Bde. Regierungspräsidium Detmold (Hg.). 1991.
- Kleinscheider, H. Zur Koordination von regionaler Wirtschaftsförderung und Berufsbildungspolitik: eine theoretische Analyse und empirische Überprüfung an Beispiel des Kreises Borken/Westfalen. Münster 1983.
- "Lernen im sozialen Umfeld. Zwischenbilanz zum regionalen Modellprojekt." *Report Quem*. Schriften zur beruflichen Weiterbildung. Analysen – Diskussionen – Empfehlungen. Heft 59. Arbeitsgemeinschaft Qualifikations-Entwicklungs-Management (Hg.). Berlin, 1999.

- Merk, R. "Weiterbildung in Ostwestfalen. Vorsprung durch Qualifikation. Qualifikationen sichern die Zukunft." In: Ostwestfälische Wirtschaft (1990/8). S. 7.
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.). "Prozessuale Begleitforschung der Regionalisierung der Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen." Düsseldorf 1992.
- Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.). "Programm für Industrieregionen im Strukturwandel. Zwischenbericht." Düsseldorf 1995.
- Ostwestfälische Wirtschaft. "Berichte und Kommentare" (ab 1989).
- Stahl, T. "Auf dem Weg zur Lernenden Region." In: Friedrichsdorfer Büro (Hg.). "Lernende Region. Kooperationen zur Verbindung von Bildung und Beschäftigung in Europa." (o.J.). S. 22 – 35.
- Strukturkommission Weiterbildung. "Bremer Bericht zur Weiterbildung." Bremen 1995.
- Wegge, M., R. Heinze V., Eichener und H. Voelzkopf. "Regionale Qualifizierungsnetzwerke. – Fallstudien aus zwei nordrhein–westfälischen Untersuchungsregionen." Forschungsbericht. Bochum, 1993.
- Wendt, M. "Historische Regionalanalyse als Grundlage wirtschaftlicher Strukturentwicklung für den Raum Parchim, Ludwigslust, Lütz und Schwerin-Ost. "IFT-Schriftenreihe zur beruflichen Aus- und Weiterbildung." Bd. 11. Schwerin o.J.
- Zöpel. C. "Staatliche Verantwortung und Zukunftsgestaltung durch Netzwerke." In: Burmeister K. (Hg.). "Netzwerke: Vernetzungen und Zukunftsgestaltung. Dokumentation des Symposiums am 9.12.1989 in Berlin. Berlin 1991.